

11 Zur Rolle der Sozialen Arbeit

Dieses Kapitel behandelt die Sozialarbeitenden¹ in Situationen veranstalteter Partizipation. Grundlage des Kapitels sind drei Fälle. Es geht um die Perspektivierung der Praktiken von Sozialarbeitenden aus der sozialraumbezogenen Sozialen Arbeit (Jugendarbeit, GWA, Streetwork): Wie sind sie involviert? Wie positionieren sie sich zum Anliegen der Veranstaltung? Auf welches Partizipationsverständnis lässt sich aus ihren Praktiken schließen? Es zeigt sich, dass die Sozialarbeitenden unterschiedlich mit Situationen veranstalteter Partizipation umgehen. Die Bearbeitungsweisen der Situation lassen sich umreißen als a) materielle Dienstleistungserbringung, im Rahmen derer Sozialarbeitende Räumlichkeiten zur Verfügung stellen, der Veranstaltung jedoch in kritischer Distanz gegenüberstehen und »nicht mitspielen«, als b) aktive Involvierung, bei der Sozialarbeitende die Situation inhaltlich-praktisch »bespielen« und entlang eigener institutioneller Routinen die Situation formen oder als c) kritische Involvierung, bei der Sozialarbeitende als Stakeholder_innen des Stadtteils in den Situationen »mitspielen«, sie jedoch mehr oder weniger stark infrage stellen und die Involvierung als Praxis des »Kaputtspielens« markieren.

11.1 Nicht Mitspielen

In diesem Abschnitt steht die Nicht-Nutzung von Situationen veranstalteter Partizipation durch Sozialarbeitende als Form widerständiger Praxis im Fokus. Dies wird empirisch beleuchtet anhand der Praktiken zweier Mitarbeiter_innen eines Jugendzentrums, die an einem Top-down-Format zu einer sozialräumlichen Planung, die in ihren Räumlichkeiten stattfindet, bewusst nicht teilnehmen.² Als ethnografisch Forschende habe ich mit den Sozialarbeitenden am Rande des Beteiligungsprozesses gesprochen. Zunächst soll die Situation veranstalteter Partizipation beleuchtet

1 Mit Sozialarbeitenden sind hier Personen gemeint, die in der Praxis der Sozialen Arbeit tätig sind. Es ist nicht bekannt, über welche Berufsqualifikationen und -abschlüsse die betreffenden Personen verfügen.

2 Dieses Beispiel wurde auch behandelt in Pigorsch (2021b).

werden und daraufhin werden die Bearbeitungsweisen und Reflexionen der Mitarbeitenden des Jugendzentrums zu deren Nicht-Nutzung in den Blick genommen und entsprechend der Perspektive der (Nicht-)Nutzungsforschung gerahmt.

11.1.1 Zur Situation und einer selbstreflexiven Einordnung

Es ist ein herbstlicher Freitagnachmittag in einer deutschen Großstadt in einem Stadtteil, der als Stadtteil mit Problemen (Selbstbezeichnung auf kommunaler Webseite) bezeichnet wird. In einem Jugendzentrum in kommunaler Trägerschaft findet eine durch die für Stadtentwicklung zuständige Verwaltung organisierte Top-down-Veranstaltung statt: u.a. soll das Integrierte Stadtentwicklungskonzept vorgestellt und diskutiert werden. Der folgende Ausschnitt aus dem Beobachtungsprotokoll gibt einen Überblick über Format, Materialität und Raumgestaltung sowie die Teilnehmenden der Veranstaltung (siehe für dieses Beispiel auch 8.2.2 Zur Materialität von Technik-Tools: Beispiel TED).

Das offene Jugend- und Freizeitzentrum ist ein sanierter Flachbau. Er ist bunt gestaltet mit vielen Motiven, überwiegend gesprayt. Im Eingangsbereich sind Hinweisschilder, etwa zu den Öffnungszeiten, und Plakate zu sehen. Rundherum ist Platz, es gibt eine Wiese, Wege und Sportflächen. Ein paar Fahrräder stehen im Fahrradständer. Ich höre Kindergeschrei, sehe rennende Kids, Jungs auf Fahrrädern sausen Runden um das Areal. Zwei Männer sitzen auf dem Boden im Schneidersitz unter einem Vorsprung seitlich des Gebäudes. Ein älterer Mann kommt auf dem Fahrrad auf mich zu und blafft mir etwas Unverständliches ins Gesicht. Es nieselt.

Im Eingangsbereich begrüßt mich gleich eine Frau im Kostüm, die hinter einem Tisch steht. Sie deutet auf eine Teilnehmer_innenliste, ob ich mich bitte gleich eintragen würde. [...] Im großen Raum haben etwa fünfzig Personen Platz genommen. [...] Alles ist auf das Vorn ausgerichtet. Dort steht der Mitarbeiter der Verwaltung, ein Mann in hellbraunem Anzug, den ich auf Ende dreißig schätze, der die Ergebnisse um den bisherigen Beteiligungsprozess zum Integrierten Stadtentwicklungskonzept vorstellt: welche Schritte zur Beteiligung bis dato gemacht wurden, wie es jetzt weitergeht. Es sei ein »intensiver Arbeits- und Abstimmungsprozess in der Verwaltung gewesen«, nun seien die »340 Seiten« als Entwurf fertig. Es sei »noch inhaltlich offen, also Sie bekommen heute nicht nur etwas präsentiert«. Sehr flüssig und melodisch spricht er, ganz so, als würde jemand einen Verwaltungstext mit modernen Begrifflichkeiten vorlesen. Das »demokratische Verständnis ist etwas, das man gemeinsam aushandeln muss«. Er wirbt weiter für den Entwurf, stellt Schwerpunkträume vor, erzählt von dem, was prozessual passiert ist, was man wissen muss, um sich erklären zu können, wie viel Zeit und Aufwand in dem Entwurf steckt. »Zu den Schwerpunkträumen finden Sie im Konzept« die jeweiligen Maßnahmen aufgelistet, etwa je drei bis vier

Seiten. Er steht dort selbstsicher auf beiden Beinen mit zum Publikum geöffneten Händen, blickt von der Powerpoint-Präsentation ins Publikum, dann wieder auf seine Notizen, bewegt sich auch ein wenig, bleibt mit den Armen locker. Er verbleibt aber an seinem Platz, in der Nähe des PCs. Die Leute im Publikum sind ganz still. Ab und zu kreuzen sich meine Blicke mit einigen, die auch ein wenig den Raum und die Menschen in ihm abscannen. Die meisten blicken still nach vorn. Ab und zu rutscht mal jemand auf seinem Stuhl kurz hin und her oder hüstelt. Niemand spricht mit den Sitznachbar_innen. Die Präsentation dauert nun etwa eine halbe Stunde. Dann ist sie vorbei, ohne, dass ich damit nun unmittelbar gerechnet hätte. Es fließt über in den nächsten Programmpunkt. Ein hochgewachsener Moderator kommt nach vorn. Sein dunkelblauer Anzug scheint etwas aus der Zeit gefallen, wirkt an ihm jedoch modisch-modern-urban. Zusammen mit der Hornbrille, dem lockeren Seitenscheitel, der sonoren Stimme und der gelassen-klaaren Art zu moderieren (»Jetzt haben wir ... gehört und nun machen wir gleich weiter mit...«) wirkt er im Zusammenspiel wie ein Gegenspieler zum Idealtypus des aktenordnenden Verwaltungsmitarbeiters. Kreativszene. Urbaner Gestalter. Er sucht die Blicke im Publikum aktiv, hat eine prägnante Mimik, öffnet den Blick, indem er die Augenbrauen hochzieht als er sich an das Publikum wendet, um sodann breit zu lächeln und in freundlichem Ton, der motivieren soll, einen Mann zu sich zu bitten, der inhaltlich ebenso mit dem Konzept betraut ist. Dieser stellt sich kurz vor und steigt dann inhaltlich ein, was das Konzept aus seiner Sicht leistet. Eine Frau im Kostüm, gepflegtes Äußeres, kommt in Trippelschritten etwas geduckt von der Seite an den Stehtisch, wo der Mann und der Moderator stehen, lächelt, stellt so geräuschlos wie möglich ein Wasserglas auf den Tisch, duckt sich wieder und verschwindet schnell, entschuldigend lächelnd, aus dem Präsentationsbereich. Der Raum ist gut gefüllt, die freien Plätze sind im vorderen Bereich bzw. auf den innenliegenden Plätzen der Reihen zu finden. Ein Mann um die 60 betritt den Saal und stellt sich hinter die letzte Reihe in die Nähe des Ausgangs. Er ist gekleidet mit einem Parka, den er geöffnet hat und anbehält. Er tritt von einem Bein auf das andere und schaut dabei nach vorn. Im vorderen Bereich am Stehtisch eröffnet der Moderator die Möglichkeit für das Publikum, nun Fragen zu stellen. Ein Mann im mittleren Alter meldet sich in diesem Moment als einziger zu Wort und meint, »das war zu viel Zukunftsszenario, wenig konkret Handhabbares«. Der Mann auf dem Podium fängt an, den Kommentar zu erwidern und den Prozess zu erklären. Ein Handy klingelt in einem angenehmen Klingelton. Nach einiger Zeit des Klingelns, etwa 15 Sekunden, sagt er lachend »Entschuldigung, mein Handy klingelt«, zieht es hervor, hantiert an ihm rum, steckt es wieder weg. Viele Menschen im Saal lachen kurz auf. [...] (Beobachtungsprotokoll »Stadtteil«: Z. 1–80)

Von den alltäglichen Hausnutzer_innen, den Kindern, Jugendlichen, Ehrenamtlichen sowie den Mitarbeiter_innen des Jugendzentrums, ist weit und breit nichts zu sehen. Nachdem ich eine ganze Zeit lang das Geschehen im Saal verfolge, verspüre ich den Wunsch, einen Blick auf die »Hinterbühnen« des Ortes zu werfen. Aus ei-

gener beruflicher Erfahrung – sei es als Organisatorin partizipativer Formate oder als zur Mitgestaltung angerufene Akteurin der Jugendarbeit – weiß ich: Organisator_innen veranstalteter Partizipation, die mehr »von außen« in den Stadtteil kommen, gelingt es mitunter nicht, Netzwerke im Sozialraum gelingend aufzuschließen. Der Enthusiasmus derjenigen, die etwa Stadtplanung koproduktiv entwickeln oder eine städtische Beteiligungskultur aufbauen wollten, geht nicht zwangsläufig über auf die Akteur_innen der Sozialen Arbeit vor Ort. Sie reagieren auf Einladungen zur Kooperation nicht selten abwartend, wortkarg. Die beruflichen Erfahrungen mit Situationen veranstalteter Partizipation legen also nahe, dass diejenigen, die Austragungsorte von Situationen veranstalteter Partizipation alltäglich bespielen, der Intention der Veranstaltung und/oder der Richtung der Partizipation mit Skepsis begegnen. Sozialarbeitende aus der Jugendarbeit und GWA sind unbedingt Mit-Motivator_innen dieser Praxis. Mir sind auch die Reaktionen vonseiten der Organisator_innen geläufig: diese zeigen sich mitunter irritiert über die »Miesepektik« (In-vivo), das verhaltend-ablehnende oder dezidiert kritische Verhalten der Sozialarbeitenden. Dabei ginge es doch um die Arbeit an etwas Sinnvollem für den Stadtteil, um eine zu entwickelnde Kultur der Koproduktion, für die es das Zusammenwirken aller Akteur_innen brauche. Warum sie also nicht einfach mitmachen konnten? Es ist abwegig, nach etwaigen typischen Eigenschaften von Sozialarbeitenden zu suchen, vielmehr geht es darum, zu fragen, worauf sie mit der Nicht-Nutzung antworten.

Von den alltäglichen Akteur_innen im Jugendzentrum war weit und breit nichts zu sehen. Durch meine Positionierung als ebenfalls aus der Jugendarbeit kommend gelang es mir jedoch, an die Mitarbeitenden des Jugendzentrums anschließen zu können:

Ich bin auf der Suche nach Menschen, mit denen ich ins Gespräch kommen kann. Ich gehe in Richtung der Toiletten und sehe, dass die Tür des Büros des Jugendzentrums offensteht. In dem kleinen Raum sitzen zwei Menschen an ihren Schreibtischen vor PCs und arbeiten. Ein Mann und eine Frau. Ich nähere mich der Tür, klopfe und sage lächelnd »Hallo, hier, ich wollte einfach mal fragen, ich bin hier auf der Veranstaltung, komm eigentlich gar nicht von hier«. Ich frage, ob denn der Treff offen ist bzw. wo eigentlich »die Kids« sind. Und ich schiebe hinterher, dass ich aus [Stadt] komme und aus der Jugendarbeit und ich mich generell frage, wie Beteiligung hier und dort abläuft und inwiefern Beteiligung auch die Kids anspricht und herausfinden möchte, wie sie das so machen. Der männliche Mitarbeiter, ein Mann um die fünfzig, winkt mich daraufhin herein und meint sogleich, ich solle die Tür hinter mir zumachen. Ich komme mir plötzlich vor, als würde mir gleich ein Geheimnis verraten. Er hätte den Club vorher geschlossen und den Kids auch gesagt, dass das stattfindet. Es gäbe hier öfter mal solche Veranstaltungen und es würden immer keine Kids kommen und wenn sie da sind, dann würden sie eigentlich stören. Er meint sie hätten eine

Aufmerksamkeitsspanne von fünf Minuten und dann wäre das zu anstrengend. Diese Veranstaltungen seien zu unkonkret. Ich frage, inwiefern sie sich dann als Sozialarbeitende stellvertretend einbringen würden. Er meinte das würden sie generell natürlich tun, aber »bei solchen Veranstaltungen hier, da muss ich nicht mitspielen«. »Ganz ehrlich«, da sähe er den Sinn nicht drin, das würde nichts bringen. Seine Kollegin blickt von ihrer Arbeit auf, nickt, lächelt mich an, lächelt ihren Kollegen an und blickt wieder auf ihren Bildschirm. Bei »solchen Veranstaltungen« würden sie ihre Räume zur Verfügung stellen, das passiere ein paar Mal im Jahr, wenn die Stadt anfrage. Es gebe aber eigentlich wenig Verbindungen zu dem, was im Jugendzentrum ablaufe. Auf dem Gebiet der Jugendarbeit seien sie ganz gut vernetzt und »da bringen wir unsere Themen ein«. Wenn er das Gefühl hätte, er könne auf Veranstaltungen wie dieser mitmachen oder mitwirken, würde er dort auch sein. (Ausschnitt aus dem Beobachtungsprotokoll »Stadtteil«: Z. 173–198)

Es wird ersichtlich, dass die Sozialarbeitenden die Infrastruktur für die Veranstaltung zur Verfügung stellen. Sie selbst oder die Kinder und Jugendlichen, die den Treff sonst nutzen, nehmen jedoch nicht teil. Im Folgenden soll dieser Nicht-Nutzung analytisch nachgegangen werden.

11.1.2 Kritik am fehlenden Gebrauchswert von Situationen veranstalteter Partizipation für Alltagsakteur_innen

Um verstehen zu können, wobei der Mitarbeiter des Jugendzentrums nicht mitspielen muss, wird im Folgenden kurz auf die betreffende Veranstaltung eingegangen. Es handelt sich um ein Top-down-Format. Neben Bewohner_innen des Stadtteils ist auch eine hohe Zahl an professionell eingebundenen Akteur_innen mit vor Ort³ – aus dem Quartiersmanagement, von sozialen Trägern vor Ort, aus der Kreativbranche, aus Verwaltung und Politik. Die Veranstaltung dient zu großen Teilen Informationszwecken über die Verwaltungsplanungen, weswegen Präsentationstechnik eine zentrale Funktion innehat. Der Mitarbeiter der Verwaltung präsentiert den Sachstand, was vor dem Hintergrund begrenzter Zeit zwangsläufig mit Straffung, Kürzung und Zusammenfassung der einzelnen Planungsebenen einhergehen muss. Der Planer spricht sachlich und passend zum Duktus des Konzeptpapiers. Er betont die Unabgeschlossenheit des Prozesses, wenn er sagt, dass die Teilnehmenden heute nicht nur etwas präsentiert bekämen und der Prozess inhaltlich noch offen sei (Beobachtungsprotokoll »Stadtteil«: Z. 36f.). Der so markierte partizipative Spielraum mag jedoch je nach Perspektivität und Position unterschiedlich re-

3 In einer späteren Umfrage im Rahmen der Veranstaltung zeigte sich, dass 25 % der Anwesenden im Stadtteil lebten, 31 % dort arbeiteten, 15 % dort lebten und arbeiteten und 29 % nur ab und zu dort waren (Beobachtungsprotokoll »Stadtteil«: Z. 126f.).

flektiert werden. Denn an Anlage und Zielrichtung des Konzeptes und damit einhergehenden Rollen zwischen Planung, Verwaltung, Bewohner_innen u.a. scheint nichts mehr veränderlich. Neben der Informations- ist es auch die Funktion der Legitimationsarbeit, die die Situation hier auszeichnet. Der Beteiligungsgegenstand und die Art der Präsentation des Inhalts sind, um den Bezug zum Mitarbeiter des Jugendzentrums herzustellen, »anstrengend« und »unkonkret« (ebd.: Z. 187f.), weil abstrakt und komplex. Damit einher gehen die sachliche Sprache und das förmliche Miteinander. Die Situation ist geprägt von Verwaltungsroutinen. Damit wird ein asymmetrisches Verhältnis zwischen jenen hervorgebracht, die mit der Sphäre der Verwaltungsrationalität vertraut sind bzw. umgehen können und jenen, die dies nicht können. Auch Kritik der Teilnehmenden erfolgt in der gleichen Sprache: die Äußerung eines Teilnehmers, es sei wenig konkret Handhabbares dabei gewesen (ebd.: Z. 76), spiegelt den förmlich-rationalen Duktus wider. Die Möglichkeit, die eigenen Bedürfnisse und Ideen zu äußern, wird in der Situation von den Teilnehmenden nicht ergriffen. Es werden keine Praktiken der Passung zwischen der Lebenswelt der Bewohner_innen und dem vorgestellten Konzept aufgeführt. Auch die vielen professionell involvierten Akteur_innen äußern sich nicht, stellen keine Rückfragen oder merken etwas an, möglicherweise, weil sie sich eher als sekundäre Zielgruppe nach den Bewohner_innen wähnen und sich mit der Frage nach Feedback nicht in erster Linie adressiert sehen.

Im Folgenden sollen die Äußerungen des Sozialarbeitenden zu den Kindern und Jugendlichen sowie seine Funktion als anwaltschaftliche Vertretung für Kinder- und Jugendinteressen eingeordnet werden. Er meint, es würden »immer keine Kids kommen« (ebd.: Z. 165). Der Unterschied zwischen »immer keine« und der Alternative »nie« ist insofern interessant, als dass die umständliche Formulierung eines »immer keine« eher den Charakter einer Entscheidung von anderen als den Kindern und Jugendlichen selbst markiert. Wenn »nie« Kids kämen, wäre die Interpretation einer eigenen Entscheidung der Kinder und Jugendlichen – eben nie zu kommen – näher als im Falle der Formulierung, dass in allen Fällen keine Kids kämen – oder eben auch: keine Kids dabei wären. Das legt die Vermutung nahe, dass die Mitarbeiter_innen des Jugendzentrums entscheiden, wer von den alltäglichen Nutzer_innen dabei ist und wer nicht. Dies wird bestärkt durch seine Aussage, dass, wenn sie da seien, sie eigentlich nur stören würden (ebd.: Z. 165f.). Das heißt, es muss den Fall gegeben haben, dass Kinder und Jugendliche bei den Veranstaltungen dabei waren, sich aber nicht gemäß den Erwartungen in diesen spezifischen Settings verhalten haben. Die Normierungen in der Situation sind am Interesse an der Durchführung eines reibungslosen Ablaufes abzulesen: wer das nicht durchhält, ohne den Ablauf zu stören, verhält sich nicht erwartungsgemäß. Obwohl er die Formulierung des Störens wählt, soll sie hier nicht in dem Sinne interpretiert werden, dass er selbst dieses Verhalten als störend einschätzt, sondern eher, dass er es als Einschätzung von außen reflektiert. Denn er selbst bewertet

das Verhalten nicht als ›fehlerhaft‹, sondern bringt es vielmehr mit der kurzen Aufmerksamkeitsspanne der Kinder und Jugendlichen in Verbindung (ebd.: Z. 166f.), die einer ganzen Veranstaltungslänge gar nicht konzentriert folgen könnten. Mit dieser Einordnung markiert er einen Unterschied zwischen einer für Kinder und Jugendliche passenden und unpassenden Partizipationspraxis.

Aus analytischer Perspektive weisen die Erzählungen über »störende« Kids darauf hin, dass die Kinder und Jugendlichen sich einer für sie anstrengenden Situation eigensinnig widersetzen. Widerstand äußert sich dann nicht durch leises Erdulden oder Entziehen, sondern über laute Praktiken. Wer nicht stillsitzen kann oder will, wird als störend empfunden, weil die Situation unterbrochen wird, weil in Bewegung gerät, was in dem Moment nicht in Bewegung sein soll. Wer also das Ausschalten des Körperlichen in der Zeitspanne des stillen Konsumierens der Informationen nicht wenigstens damit rechtfertigt, dass er/sie (wie ich als Forschende) ein spezifisches Interesse in der Situation hat, der/dem bleibt nur das Ausbrechen. Ohne subjektiven Nutzen wird Erdulden schwer. Mit der körperlich-materiellen Dimension ist die inhaltliche verknüpft. Hier handelt es sich nicht um einen spannenden Kinofilm, bei dem das Stillsitzen leichter fallen dürfte, sondern die Vorstellung des Stadtentwicklungskonzeptes bietet keine Möglichkeiten der Passung zwischen Subjekt und intendiertem Ablauf. Die Praktiken des Störens sind Ausdruck dessen, dass sie sich nicht in einem situativ erwünschten Sinne die Veranstaltung aneignen, sondern stattdessen eigene, ›lautere‹ Wege finden. Wer also anfängt, auf dem Stuhl herumzurutschen, sich mit den anderen zu unterhalten, sich etwas vom Buffet zu holen, obwohl die Zeit dafür noch nicht gekommen ist, wer Späße macht, vielleicht provoziert, der/die eignet sich die Situation an – und dies auch kollektiv. Ihre Praktiken des Störens sind als Praktiken der Partizipation *from below* zu werten: Die Kinder eröffnen sich eigensinnig Handlungsspielräume in der Situation. Gleichsam entziehen sie der Veranstaltung die Legitimation. Was hier aus der analytischen Distanz herausgearbeitet wird, wird in der vom Jugendarbeiter geschilderten Situation nicht reflektiert und auch im Gespräch im Büro, wenn überhaupt, nur implizit angedeutet.

Was der Sozialarbeitende ausdrückt, ist eine Kritik an der fehlenden Verbindung zwischen Alltagsakteur_innen (in seinem Falle den Kindern und Jugendlichen, aber auch ihm als Akteur im Stadtteil) und dem Beteiligungsgegenstand und der -situation. Seine Nicht-Nutzung, die er nicht nur für sich, sondern auch (machtvoll) für die Kinder und Jugendlichen entscheidet, ist demnach eine direkte Antwort auf die Frage nach dem Gebrauchswert der Veranstaltung für das von ihm vertretene Feld der Jugendarbeit im Sozialraum. Er sieht eher andere Gelegenheiten im Kontext der Jugendarbeit, in denen sie ihre Themen einbringen würden (ebd.: Z. 174f.). Kinder- und Jugendpolitik im Sozialraum zu machen, meint hier das Wirken in gewachsenen Netzwerken und etablierten Gremien und weniger in Beteiligungsebenen, die sich in punktuellen Veranstaltungen erschöpfen. Die Veranstaltung

ist nicht der Ort der Auseinandersetzung über die für das Jugendzentrum und seine Nutzer_innen relevanten Themen.

11.1.3 Nicht-Nutzung als Kritik

Die Praktiken der Nicht-Nutzung, die die Jugendarbeiter_innen aufführen, sind keine Zeichen einer sozialarbeiterischen »Miesepetrigkeit« (In-vivo), sondern Ausdruck einer spezifischen Bearbeitung der Situation. Dabei ist die Nicht-Nutzung der Veranstaltung nicht nur stilles Entziehen, sondern auch strategische Praxis, der Kritik inhärent ist. Die Kritik bezieht sich auf die spezifische Situation veranstalteter Partizipation, die in institutionelle Arrangements eingebettet ist. Aus der Perspektive der (Nicht-)Nutzungsforschung *from below* (Bareis 2012) sind diese Praktiken relevant für die Analyse der spezifischen Bedingungen machtvoller Schließungsprozeduren, die mit einem fehlenden Gebrauchswert der Veranstaltung für die Alltagsakteur_innen in Zusammenhang stehen. Dass deren Praktiken als störend reflektiert werden, deutet darauf hin, dass sie nicht als deren »Arbeit an der Partizipation« (ebd.) gesehen werden, vielmehr werden sie aus dem spezifisch strukturierten Raum veranstalteter Partizipation explizit (Schließung des Hauses) und implizit (Exklusivität der Inszenierung) ausgeschlossen. Zudem ist es ein Ort sozialer Ausschließung derjenigen, die Deutungsalternativen zu der von Planungs- und Verwaltungsroutinen strukturierten Situation anbieten. In der Konsequenz wird verständlich, dass es auch für die Sozialarbeitenden keinen Gebrauchswert birgt, sich diskursiv in dieser Arena zu bewegen. Eine von der Sozialen Arbeit vor Ort und den Alltagsakteur_innen mitgetragene Praxis der Partizipation findet in den öffentlich dokumentierten Stadtentwicklungsveranstaltungen nicht statt.

Vor dem Hintergrund einer kritischen Sozialen Arbeit ist interessant, dass die Sozialarbeitenden sich nur im geschützten Rahmen äußern, den eine geschlossene Bürotür und eine sich als kollegial markierende Ethnografin bieten. Das empirische Material dieses Falls gibt es nicht her, zu wissen, ob die Praktiken des Fernbleibens von der Veranstaltung im eigenen Haus ein Ausdruck von expliziter oder impliziter Kritik sind. Es ist möglich, dass die Mitarbeitenden ihre Entscheidung zur Nicht-Teilnahme offen gegenüber den Veranstaltenden formulieren und ihre Nicht-Nutzung dezidiert erklären. Das Rollenangebot als Akteur_innen im Stadtteil, die als Ressource adressiert werden und ihre Aufgabe damit erfüllt sehen, ihre Räumlichkeit zur Verfügung zu stellen, geht aber auch in Passung mit einem Entziehen ohne Erklärung und ohne formulierte Kritik. Denn als öffentlich geförderte Orte im Stadtteil sind sie systemisch nicht nur in den Sozialraum, sondern auch in die Förderlandschaft mit allen damit zusammenhängenden Abhängigkeitsbeziehungen eingebunden. In den Diskussionen meiner Beobachtungen mit Kolleg_innen wurde mir immer wieder gespiegelt, dass eine öffentliche Positionierung der Sozialarbeitenden vor Ort gegen spezifische Formen veranstalteter Partizipati-

on häufig von den Leitungsebenen der sozialen Träger mit Verweis auf die Abhängigkeitsbeziehungen unterbunden wird. Darüber hinaus kann das Zögern hinsichtlich der Formulierung von Kritik aber auch an der Schwierigkeit liegen, dem Unbehagen der Sozialarbeitenden argumentativ zur Sprache zu verhelfen. Denn im normativ aufgeladenen Partizipationsdiskurs erscheint es schwer, Praxis zu kritisieren, wo man doch eigentlich gar nichts gegen Partizipation hat – ganz im Gegenteil. Die unterschiedlichen Partizipationsverständnisse deutlich zu machen, wäre dabei zentral. Die hier angebotene Reflexionsfolie kann dazu dienen, vermehrt Worte für eine spezifisch sozialarbeiterische Perspektive zu finden (Pigorsch 2021b).

11.2 Bespielen

In diesem Abschnitt geht es um eine Veranstaltung in einem sogenannten benachteiligten Stadtteil einer deutschen Großstadt.⁴ Es wird eine Situation veranstalteter Partizipation beleuchtet, die sich als offenes, intermediäres Format beschreiben lässt. Sie ist für die Frage nach der Rolle der Sozialen Arbeit relevant, weil die Veranstaltung maßgeblich durch Akteur_innen der GWA initiiert und organisiert wird und weil Akteur_innen der aufsuchenden sozialraumbezogenen Sozialen Arbeit in der Situation eine zentrale Rolle einnehmen. Das Format, im Folgenden als Nachbarschaftsforum bezeichnet, soll ein Artikulationsort für die (problematischen) Themen im Stadtteil sein, aber auch Ausgangspunkt für das aktive Engagement der Bewohner_innen (siehe dazu auch Abschnitt 10.10 »Gehen und nicht Wiederkommen«). Die folgende Situation ist das Geschehen in einem der Themenräume auf der Veranstaltung (im Folgenden: Themenraum Ordnung). Hierzu liegt ein thematischer Verlauf des situierten Diskurses anhand von Passagen eines Audio-Transkripts vor. Angefangen bei wütenden Beschwerden der Bewohner_innen und damit einhergehenden Problemzuschreibungsprozessen gegenüber marginalisierten Gruppen, wird der Raum im Verlauf für Praktiken der Bearbeitung der Nutzungskonflikte des öffentlichen Raumes genutzt, um schließlich entlang der rahmenden Frage nach aktivem Engagement zur Projektplanung zu kommen. Diese jedoch steht nur bedingt auf festen Füßen, wie sich zeigen wird.

11.2.1 Zur Situation und dem Diskursverlauf

Im Folgenden wird ein Ausschnitt aus dem Beobachtungsprotokoll zitiert, um einen Einblick in die Situation, das Anliegen der Veranstaltung und die Teilnehmenden im Themenraum Ordnung zu geben.

4 Aspekte dieses Abschnitts wurden veröffentlicht in Pigorsch (2022).

An einem sommerlichen Samstagvormittag startet ein ganztägiges Nachbarschaftsforum in einem Stadtteil einer deutschen Großstadt, der häufig als Problemstadtteil oder sozialer Brennpunkt bezeichnet wird. Das Nachbarschaftsforum ist eine große Veranstaltung, die von sozialen Trägern im Stadtteil (einem Stadtteilhaus, einem Begegnungsort) gemeinsam mit der kommunalen Stelle für Bürger_innenbeteiligung und einem Zusammenschluss der Wohnungswirtschaft organisiert wird. Die Veranstaltung hat einigen organisatorischen Vorlauf. Themen, die auf dem Nachbarschaftsforum besprochen werden sollen, wurden im Vorfeld auf Veranstaltungen im Stadtteil (wie etwa auf Nachbarschaftsfesten) gesammelt. Anliegen des Nachbarschaftsforums ist der Austausch über aktuelle Themen im Stadtteil, das Einbringen von Ideen für das nachbarschaftliche Zusammenleben sowie die Aktivierung der Bewohner_innen zum Engagement. Nach einer großen Eröffnungsrunde, in der die Teilnehmenden Gelegenheit haben, sich zu ihren Wünschen und Erwartungen für den Tag zu äußern, können sie sich Themenräumen zuordnen. Diese sind entlang der Themensammlung im Vorfeld strukturiert, wobei es auch offene Räume für spontane Themen gibt. In den Räumen geht es um Ordnung, Verkehr, Kultur, Nachbarschaft oder das Image des Stadtteils. Viele professionelle Akteur_innen aus dem Stadtteil moderieren die Themenräume, aber auch externe Moderator_innen sind dabei. In jedem Themenraum stehen dem/der Moderator_in je ein_e Co-Moderator_in (Bewohner_in des Stadtteils) zur Seite.

Der Moderator und der Co-Moderator der Runde zum Thema »Ordnung und Chaos« stehen neben einer Pinnwand, auf der eine Karte des Stadtteils zu sehen ist. Daneben noch ein Flipchart: auf dem Papier mit der Überschrift »Bitte bearbeiten Sie« ist noch viel Platz zum Beschriften. Die Fläche des Papierbogens ist in vier gleiche Teile aufgeteilt, auf jeder Fläche eine Unterüberschrift: »Wie ist es jetzt?«, »Wie hätten wir es gerne?«, »Was können wir tun?« und »Was sind die ersten Schritte?«. Der Co-Moderator hat einen Edding in der Hand und scheint darauf zu warten, dass er damit etwas beschriften kann. Die 22 Teilnehmenden sitzen in einem zweireihigen Stuhlkreis. Unter ihnen sind elf Bewohner_innen des Stadtteils und eine Interessierte aus einem anderen Stadtteil. Die anderen Anwesenden sind aus beruflichen Gründen da: je ein_e Akteur_in aus der städtischen Wohnungsbaugesellschaft, dem Quartiersmanagement, von der Hochschule; zwei Polizisten, drei Mitarbeitende des städtischen Ordnungsamtes sowie zwei Streetworker_innen (einmal speziell für die Altersgruppe der Jugendlichen sowie einmal für Erwachsene). (Beobachtungsprotokoll »Ordnung«: Z. 1–35)

Es handelt sich hierbei um eine von vielen, überwiegend sozialen Akteur_innen vorbereitete Veranstaltung. Im Rahmen von anderen Aktivitäten im Stadtteil wurden Themen für das Nachbarschaftsforum gesammelt, Bewohner_innen konnten für die Co-Moderation der Themenräume gewonnen werden. In professionellen Netzwerken im Stadtteil wurden daraufhin Themenschwerpunkte und Verfahrensweisen

besprochen. Das Nachbarschaftsforum wurde zum immer wiederkehrenden Thema im Stadtteil. Dessen Umsetzung stellt mithin ein zentrales Element der von den lokalen Akteur_innen initiierten veranstalteten Partizipation im Stadtteil dar. Für die Moderation in den Themenräumen wurden externe Moderator_innen gewonnen, die aus den Bereichen zivilgesellschaftlicher oder kommunaler Partizipationsförderung kommen. Die für den Stadtteil relevanten behördlichen Akteur_innen aus Ordnungsamt und Polizei, Akteur_innen aus der Wohnungswirtschaft, dem Quartiersmanagement oder dem Streetwork sind auf Einladung erschienen. Die Teilnahme der beruflich involvierten Akteur_innen im Stadtteil ist hierbei in der Regel gesichert, da ein Austausch über die Themen im Stadtteil auch aus Gründen ihres professionellen Auftrags von Relevanz ist. Unsicher hingegen ist stets, ob auch die Bewohner_innen des Stadtteils erreicht werden. Im beschriebenen Themenraum haben sich (zu Beginn) neben zehn professionellen Akteur_innen elf Bewohner_innen eingefunden, was vor dem Hintergrund einer Bewohner_innenzahl von mehreren tausend Einwohner_innen vergleichsweise marginal erscheint. Genau diese Nicht-Nutzung der Möglichkeit zur Veranstaltungsteilnahme durch die Bewohner_innen, die mit dem Format ja eigentlich adressiert werden, ist ein Dauerthema für die Organisator_innen.

Spezifisch für dieses Format ist die offene, forenartige Herangehensweise: es gibt kein Podium, von dem aus Themen gesetzt oder diskutiert werden, sondern in dezentralen Räumen können Themen besprochen und weitere Schritte entwickelt werden. Ganz dem Zufall überlassen wird die thematische Ausrichtung jedoch nicht. Durch die Themensammlung im Vorfeld gibt es thematisch gebundene Räume, wie hier den Themenraum Ordnung, was nicht verwundert, denn das Thema Ordnung ist im sogenannten Brennpunkt-Stadtteil virulent. Interessanterweise ergibt sich wie quasi-natürlich die Passung zu den thematisch eingebundenen Verwaltungseinheiten und Institutionen, die so auch spezifisch zur Teilnahme in diesen Themenraum eingeladen werden können. So sind Behörden und Akteur_innen der Sozialen Arbeit entsprechend aktiviert, das Format für die eigene Praxis zu nutzen.

Im Folgenden gibt es eine verdichtete Beschreibung aus dem Beobachtungsprotokoll, um den inhaltlichen Einstieg in den Themenraum Ordnung zu verdeutlichen: Es geht los mit einer Vorstellungsrunde. Der Moderator beginnt mit sich selbst und stellt sich als Mitarbeiter einer Koordinierungsstelle für Beteiligung in der Stadt vor. Er würde hier moderieren und hätte einen Co-Moderator dazu geholt, den er auch kurz vorstellt. Dieser kenne sich hier aus und werde wahrscheinlich schneller Orte finden als er, wobei er betont, dass er selbst mal im Stadtteil gewohnt habe. Der Reihe nach sollten alle mal ihren Namen sagen und warum sie sich hier in die Runde gesetzt hätten. Ein Handmikrofon beginnt reihum zu wandern. Die Vorstellungsrunde ist zugleich auch schon ein Einstieg ins Thema, denn viele Bewohner_innen gehen gleich voll zur Sache, was der Moderator mit einer Portion guter Laune zu bremsen

versucht. Die meisten der anwesenden Bewohner_innen sind im Rentenalter, einige sind zu zweit mit dem/der Lebenspartner_in erschienen. Die Runde dauert länger als geplant, und schließlich stehen am Ende bereits einige Themen auf den Moderationskärtchen an der Pinnwand, die der Co-Moderator nebenbei beschrieben hat: Jugendliche, die nachts Krach machen, nächtliches Böllern, unsichere Gehwegplatten, Fragen zur Kriminalitätsstatistik, Dreck, verwilderte Vorgärten, Glasscherben oder freilaufende Hunde. Im Gegensatz zu den (meisten) Bewohner_innen stellen sich die professionell Anwesenden sehr kurz und knapp vor. Der Moderator erläutert dann, worum es bei der Veranstaltung gehen soll: Einmal sei es wichtig, Themen zu sammeln und an die richtigen Personen weiterzugeben und auch zu verabreden, wie die Bewohner_innen davon erfahren können, ob ein Wunsch oder eine Eingabe umgesetzt werden könne oder aus welchen Gründen es eben auch nicht ginge. Und schließlich könne es auch sein, dass die Bewohner_innen selbst eine Idee haben, wie sie tätig werden wollen. Dann könne man hier in der Gruppe auch zwecks Unterstützungsmöglichkeiten schauen. Es wäre auch möglich, sich ein eigenes Team zusammenzustellen oder andere Ressourcen zu bekommen, wie zum Beispiel einen Raum im Haus. Man könne vielleicht sogar kleine Arbeitsgruppen einrichten, die dann speziell tätig werden. Die ersten knapp zwanzig Minuten sind um. Insgesamt gibt es zwei jeweils 45-minütige Phasen in den Themenräumen. Der Moderator fragt, wer denn anfangen und von den Erfahrungen mit dem Thema Ordnung berichten möchte (aus dem Beobachtungsprotokoll »Ordnung«: Z. 36–183).

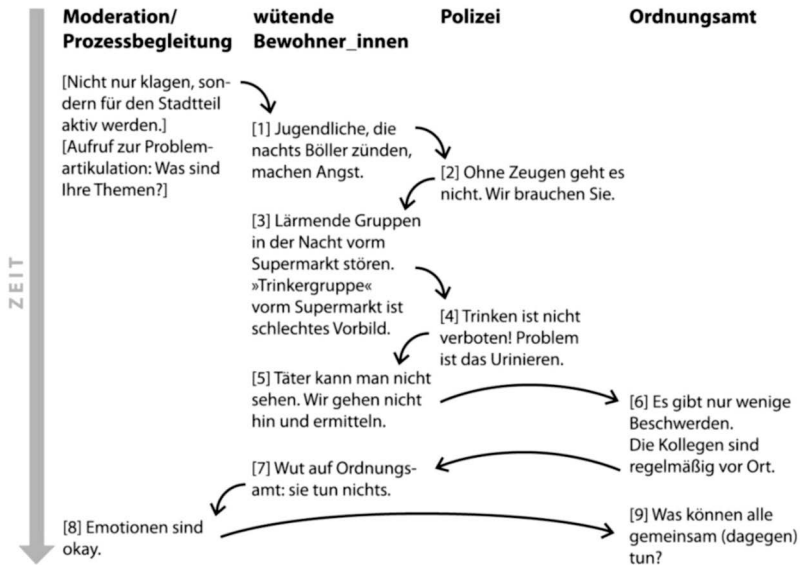
Im Folgenden soll als Ergebnis der analytischen Verdichtung des Materials die diskursive Praxis in der Situation anhand dreier »Stationen« fokussiert und beleuchtet werden.

11.2.1.1 Wut

Die erste diskursive »Station« steht unter der Überschrift »Wut«. Um den Verlauf des situierten Diskurses besser nachvollziehen zu können, ist er als aus dem empirischen Material rekonstruierter Verlauf in der Abbildung 14 dargestellt und wird im Folgenden (Ziffern 1–9) erläutert (siehe Abbildung 14).

[1] Es stehen die Themen der Bewohner_innen im Fokus, die aufgerufen sind, von ihren Erfahrungen zu berichten. Der erste, der sich zu Wort meldet, ist ein 82-jähriger Mann, der mit seiner Frau erschienen ist. Ihn stört die Knallerei mit Feuerwerkskörpern am Abend und in der Nacht: »Und dit is für uns, wenn wir abends unterwegs sind, gefährlich. Man traut sich ja nich mehr auf die Straße oder auf den Weg« (Beobachtungsprotokoll »Ordnung«: Z. 196–198). Er wünscht sich, dass die Polizei oder das Ordnungsamt abends am Wochenende zum Observieren vorbeikommen. Eine Bewohnerin bestätigt, dass auch sie dieses Problem kenne, aber Schwierigkeiten habe, zu lokalisieren, von wo sie abgefeuert werden. Böller »scheinen [...] grad groß in Mode zu sein« (ebd.: Z. 262), resümiert der Moderator.

Abbildung 14: Diskursverlauf »Wut« im Themenraum »Ordnung«



Quelle: eigene Darstellung, Satz: GrafikBüro Berlin

[2] Einer der Polizisten bestätigt, dass das Problem mit dem nächtlichen Zünden von Feuerwerkskörpern bekannt sei und die Polizei vereinzelt Hinweise dazu aus der Bevölkerung bekäme. Für die Polizei sei es schwierig, denn sie bräuchten immer einen konkreten Ort und eine konkrete Person. Ohne Informationen hätte die Polizei ein Problem: Zum Observieren reichten die Betreffende nicht aus, dann würde es an anderer Stelle bei der Polizei fehlen, etwa bei Wohnungseinbrüchen, Fahrraddiebstahl und das sei »natürlich höherwertiger« (ebd.: Z. 226f.). Er beschwört die Anwesenden: »Also zusammengefasst: wir brauchen, klipp und klar, wir brauchen einen Zeugen, der anruft« (ebd.: Z. 233f.). Die Runde scheint etwas aufgebracht – wie sollen sie etwas melden, was sie nicht sehen und wovor sie Angst haben?

[3] Ein älterer Bewohner problematisiert den nächtlichen Lärm am Platz rund um die Hochhäuser. Er regt sich auf über die »Bewohner, die am Tage schlafen und abends denn erstmal loslegen mit viel Musik, mit viel Krach mit Sauerei [...] wir haben schon ich hab schon äh meine Frau paar Mal angerufen« beim Vermieter und »die Frau, die dat macht, gibt sich sogar Mühe, aber et ändert sich nix« (ebd.: Z. 189–192). Eine Bewohnerin: »[D]iese Nacht z.B. fünf vor zwei war noch große Musik, Geschrei, Hundegebell und denn schrein'se sich untereinander an. Dann ist mal fünf Minuten Ruhe, dann wird dit Radio weiß ich woher der Lärm nimmt und man kann's

auch nicht zuordnen, man sieht dit nicht [...] Da geht's ja schon früh um sieben los. Da sitzen schon die ersten, die ihr Bierchen zum Frühstück brauchen. Die sitzen da, trinken, rauchen, die Kinder jehn zur Schule. Die ham gleich Vorbildwirkung. Man beginnt seinen Morgen mit mit Bier trinken und und und« (ebd.: Z. 305–313).

Das Format bringt hervor, dass verärgerte und besorgte Bürger_innen Beschwerden vortragen über Menschen, die nicht anwesend sind. In den Erzählungen werden die Gruppen – die nächtlichen Böller-Zünder_innen, die lauten Gruppen in der Nacht, die sich an einem zentralen Platz vor einem Supermarkt treffen sowie die tagsüber dort Alkohol konsumierenden Personen miteinander vermischt. Die Bewohner_innen führen hier ein Ordnungsverständnis auf, demnach die zuständigen staatlichen Organe für die Herstellung von Sicherheit und Ordnung im Stadtteil zuständig sind. Insofern antworten sie auf die Einladung, sich zum Thema Ordnung zu äußern, mit dem Appell an Polizei und Ordnungsamt, ordnungspolitisch vermehrt kontrollierend und sanktionierend tätig zu werden und üben Kritik an den ihrer Erfahrung nach zu geringen Aktivitäten der Behörden.

[4] Der Polizist betont daraufhin, dass das Problem mit den Gruppen vor dem Supermarkt bekannt sei. Dort hätte sich seit Jahren eine »Trinkerszene« (ebd.: Z. 327) entwickelt. Dazu müsse er ausführen, dass Biertrinken in der Öffentlichkeit in Deutschland erlaubt sei (»Wir sind nicht Amerika«, ebd.: Z. 329.). Das sei vielleicht nicht schön, aber jeder »soll doch sein Feierabendbier da trinken und wenn er [...] der Meinung ist, er muss da morgens sein Bier konsumieren, wird er nicht durch uns kriminalisiert um Gottes Willen. Es gibt irgendwo ne Ursache für die Schicksale der Menschen und man muss es auch akzeptieren und so leid es mir tut, dass ein Schulkind da vorbeigeht, das ist so. Der verstößt da gegen kein Gesetz. Wenn er sozial recht gut ausgeprägt ist, hält er die Bierflasche etwas versteckter (unv.) oder er trinkt es nicht vorm Kind irgendwo, aber es ist legal, in Deutschland Bier zu konsumieren und auch, betrunken zu sein« (ebd.: Z. 331–339). Das Urinieren sei jedoch nicht erlaubt und da müssten sie, was schwer sei, die Täter_innen »auf frischer Tat ertappen« (ebd.: Z. 345f.). Bezüglich des Lärms seien sie auf Hinweise von Anwohnern angewiesen. Aus Angst vor einer Gerichtsverhandlung stünden sie selten als Zeugen zur Verfügung, was demnach die repressiven Maßnahmen der Polizei erschwere. Durch die Präsenz gelinge es ihnen aber in der Regel, die Ruhestörung zu beenden. »Aber um nachhaltig Ruhe reinzukriegen, um auch mal die Verursacher irgendwo zur Verantwortung zu ziehen, brauchen wir für repressive Maßnahmen, also für Strafverfolgung, für Ordnungswidrigkeit, für Bußgelder, brauchen wir die Zeugen« (ebd.: Z. 368–371).

Die »Trinkergruppe« wird als eine den Institutionen im Stadtteil bekannte Szene markiert. Der Polizist rahmt hier erneut die Polizei als eine an Gesetze gebundene Institution, der im Vollzug der ordnungspolitischen Praxis häufig die Hände gebunden sei. Dem Vorwurf der schlechten Vorbildwirkung der tagsüber aktiven Gruppe(n) auf Kinder begegnet er mit einem verstehensorientierten Ansatz.

[5] Eine Teilnehmerin versteht die Welt nicht mehr. »Ja, ick will-wissense jede Nacht ist dit hier. Warum ist die Polizei nicht auch von sich aus mal präsent? Ick rufe an, ich habe einmal angerufen, da hab ich zehn Minuten in der Leitung gehangen und durfte immerzu beschreiben, was da los ist und jetzt sind die weg und denn war dit für die Polizei erledigt. Und ick-soll ick runtergehen und fragen ›Sagen Sie mir doch mal Ihren Namen, Sie machen hier so schön Krach. Die Polizei kommt nur, wenn ick sage, dass Sie hier Krach machen‹. Ick mach die Ermittlung im Vorfeld, damit die Polizei nur noch kommt und sagt ›Jetzt ist Ruhe‹. Dit find ick bisschen komisch. Also da könnt ick mich uffregen« (ebd.: Z. 380–389). Der Moderator versucht, eine kommunikative Brücke zu bauen und betont, dass es wohl eher nicht darum ginge, sich »investigativ [zu] betätigen« (ebd.: Z. 390), sondern zu beschreiben, wie die Person aussehe. Die Bewohnerin unterbricht: »Die sieht man ja nicht! Dit hab ick ja schon gesagt. Die sitzen irgendwo und machen Krach« (ebd.: Z. 392f.). Ein älterer Bewohner bemerkt dazu: »Wir können's ja beobachten von unserm Fenster aus, wie sich die Szenerie sich abspielt, aber ein Beispiel möcht ich da nur sagen, wahrscheinlich ist die Polizei angerufen worden. Die kommt mit Blaulicht, fährt bis auf'n Parkplatz, da steigen die Kollegen aus, gehen dann rüber, da wo die Musik herkommt, und in der Zeit verkrümeln sich die. [...] Dit is ne feine Taktik, mich so und groß anzukündigen, damit die Herrschaften genügend Zeit haben, sich zu verdünnisieren [...] Ja und warum gehen sie nicht zu Fuß und nehmen die Leute, wie sagt man, in flagranti fest? Die müssen mit Blaulicht ankommen, damit man dit schon nen Kilometer vorher schon feststellen kann« (ebd.: Z. 442–454).

Die Gesprächsrunde schwankt zwischen Lachen und Empörung. Die Bewohner_innen bringen ein spezifisches Verständnis von Ordnungspolitik hervor, indem sie sich selbst in der verantwortlichen Rolle zurücknehmen und mehr Präsenz der Polizei im Stadtteil einfordern. Der situierte Diskurs vollzieht sich hier noch ausschließlich zwischen den mit einem Ordnungsanliegen erschienenen Bewohner_innen und der Polizei.

[6] Die leitende Mitarbeiterin des Ordnungsamtes meldet sich zu Wort und verteidigt die Bemühungen ihrer Behörde im Stadtteil. Sie sei für »die Einsätze im Außendienst zuständig und kann [...] nachweislich zeigen, dass wir seit März April auch fast täglich auch mit der Polizei von morgens um sechs bis zweiundzwanzig Uhr Streife laufen. Ich kann ihnen Zahlen nennen, dass wir im Gespräch mit der Trinkerszene vom [Supermarkt] sind. Wir sind also weder die (unv.) wir zeigen Präsenz äh nachweislich, weiß äh kann ich ihnen wie gesagt auch vorlegen. Dann muss ich auch hier die Polizei und das Ordnungsamt in Schutz nehmen. Es gibt Gesetze in Deutschland und wie Herr [Name des Polizisten] schon sagte: Biertrinken ist nicht verboten« (ebd.: Z. 464–471).

Die Mitarbeiterin des Ordnungsamtes übt hier Kritik am Urteil der Bewohner_innen, dass die Behörden zu wenig tätig seien. Gleichsam geht sie in Passung

zu den Aussagen der Polizei und vollzieht hier einen kommunikativen Schulter-schluss gegen die Bewohner_innen.

[7] Die Stimmung im Raum wird zunehmend hitziger. Die Bewohnerin spricht dazwischen: »Na so viel Zeit ham wa ja nich hier dis jetzt alles anzubringen, wat man nur übers Ordnungsamt sagen könnte« (ebd.: Z. 490f.). Der Moderator scheint etwas zu rudern, versucht das Gespräch woandershin zu lenken. Stimmengewirr übertönt seine Worte. Dann klärt sich die akustische Lage wieder und die Beschwerdeführerin hat weiterhin das Wort. Sie beschreibt ihre Erfahrungen mit dem Ordnungsamt: »Wat macht er? Der fährt erstmal hier am [Straßenname] rein, guckt in ne Straße, ob da auch nicht jemand außerhalb der Parkflächen steht. Dann wird zurückgefahren in [Straßenname], die Schleife gefahren, dann denk ick ›Oh, jetzt wird er wohl den Dreckhaufen mal fotografieren‹. Nein! In der [Straßenname] steht ein PKW mit beiden Rädern auf der Bordsteinkante: da wird fotografiert und gekuckt, Nummernschild, setzt sich rin, fährt rum. Weg!« (ebd.: Z. 494–500) Es geht hin und her. Die Ordnungsamtsmitarbeiterin benennt daraufhin Zahlen, die ihre Aktivitäten im Stadtteil belegen. Sie liefern drei bis vier Stunden Schleife. Es wird zunehmend lauter. »Wir kommen nich mit'm Auto und fahr'n wieder weg.« »Doch!« (ebd.: Z. 512f.), sagt die Bewohnerin, »[u]nterstellen Sie mir, dass ich lüge?« (ebd.: Z. 514). Im Gewühl der Zwischenrede und dem nochmaligen Versuch des Moderators, durchzudringen, ist es kaum mehr möglich, etwas zu verstehen.

Die Bewohnerin bekommt eine exklusive Rolle mit hohem Redeanteil. Der situierte Diskurs entwickelt sich zu einer Art Zweikampf zwischen der Ordnungsamtsmitarbeiterin und der Bewohnerin. Es geht um die Deutungsmacht zu Fragen der Arbeitsquantität und -qualität des Ordnungsamtes.

[8] Dann verschafft sich der Moderator Raum: »Nein, nein, nein, nein, nein, nein, nein, nein, also ich merke schon« (ebd.: Z. 518f.), doch es reden mindestens vier Menschen gleichzeitig. Er nimmt nochmals Anlauf: »Entschuldigung, Entschuldigung, Entschuldigung, erstmal ist es so, es ist völlig in Ordnung, zu sagen, hier Gefühle zu äußern und es ist total klar, dass es hier nen totales Missverhältnis gibt« (ebd.: Z. 520–522). Daraufhin beschwichtigt er das Ordnungsamt, es würde viel getan, aber Unmut zu äußern und damit auch emotional zu sein, sei in diesen Räumen, in denen es um Austausch gehe, völlig normal.

Der Moderator scheint sensibilisiert zum Thema Emotionen und Emotionalität in Beteiligungsprozessen zu sein und wirkt in der Situation vermittelnd.

[9] Die Stimmung hat sich etwas beruhigt. Dann fragt die Mitarbeiterin des Ordnungsamtes in die Runde: »Wissen Sie, was mir jetzt spontan eingefallen ist? Man kann das nicht verteufeln, das versteh ich. Aber wissen Sie, was für uns wichtig ist, für alle? Dass das untereinander aktiv kommuniziert wird. Was muss (unv.) passieren, dass die das nicht mehr so toll finden« (ebd.: Z. 578–581). Der Moderator fasst zusammen mit: »Also hier nochmal der Hinweis: Den Ort weniger attraktiv zu machen, dass es eben keine lange Verweilzeit mehr geben kann« (ebd.: Z. 583f.), inter-

essanterweise, obwohl die Mitarbeiterin des Ordnungsamtes die Begriffe Verweilzeit und Attraktivität als Chiffren für die Nutzung öffentlicher Plätze nicht selbst benutzt. Er bedient sich hier eines ordnungsrechtlichen/stadtplanerischen Vokabulars. Der Polizist geht wenig später darauf ein und sagt, dass es Möglichkeiten gebe, das Gebiet rund um den Supermarkt für die Gruppen unattraktiver zu machen. So gebe es die rechtliche Möglichkeit der Alkoholverbotszone, aber ob das die Lösung sei, sei fraglich, denn wohin zögen sie sich zurück? Ob sie meine, die Bänke abzuschrauben, um es so unbequem wie möglich zu machen. Dies würde ja dann auch alle anderen betreffen. Die Ordnungsamtsmitarbeiterin ordnet schließlich nochmal ein: »Ich wollte nur, dass man einfach mal überlegt. Warum stehen die da und nicht da? Warum ist es da nicht attraktiv, aber da?« (ebd.: Z. 612–614).

Mittlerweile ist eine knappe Dreiviertelstunde vergangen und der erste Teil des Workshops ist zeitlich so gut wie um. Bisher dominieren die wütende Problemartikulation und die erklärenden Repliken vonseiten der Behörden. Der Moderator hat versichert, dass Emotionen ihren Platz im Format haben. Interessanterweise wurden die wütenden Reden danach deutlich weniger. Während zu Beginn des Austauschs das Verhältnis zwischen Bürger_innen und Polizei bzw. Ordnungsamt als eines beschrieben wurde, das die jeweiligen Positionen und Erwartungen an die jeweils anderen benennt (Polizei und Ordnungsamt üben Kontrolle sorgfältig aus, Bewohner_innen machen von guter Bürgerpflicht Gebrauch und melden Vorfälle), markiert die Frage der Mitarbeiterin des Ordnungsamtes einen Übergang hin zu einer anderen Praxis der Zusammenarbeit. Sie schlägt vor, gemeinsam nachzudenken, wie man die Orte für die Gruppen unattraktiver gestalten kann. Hier vollzieht sich eine Rollenöffnung, die die strukturell verankerten Aufgaben des Ordnungsamtes hin zu einer Art koproduktiven Ordnungspolitik erweitern. Aus kritischer Sicht werden hier dominanzkulturelle Praktiken hervorgebracht, in deren Konsequenz die problematisierten Gruppen abermals marginalisiert werden.

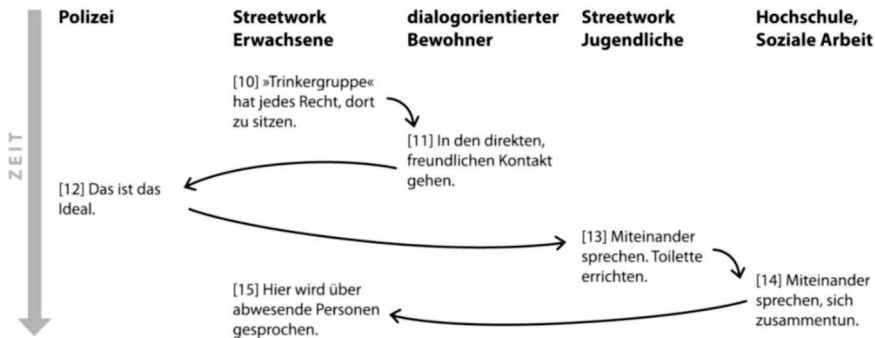
11.2.1.2 Dialog

An dieser Stelle im situierten Diskurs ereignet sich ein turn, das heißt der Verlauf des Diskurses entwickelt sich in eine andere Richtung. Dies soll im Folgenden anhand der Abbildung 15 erläutert werden (Ziffern 10–15).

[10] Als Reaktion auf den Ruf nach Verdrängung der Gruppen auf dem Marktplatz, insbesondere derjenigen, die sich dort tagsüber aufhalten, positioniert sich die Streetworkerin, die von einem Träger kommt, der für die aufsuchende Soziale Arbeit mit Erwachsenen zuständig ist. Sie ist neben einem Kollegen von einem anderen sozialen Träger vor Ort, der mit der aufsuchenden Sozialen Arbeit mit Jugendlichen betraut ist: »Das kann ich Ihnen ganz klar sagen, das wird nicht passieren, weil da stehen Bänke, die haben jedes Recht dort zu sitzen« (Beobachtungsprotokoll »Ordnung«: Z. 581–583). Der Vorschlag des Ordnungsamtes sorgt für Unruhe unter den Anwesenden. Die Runde murmelt, es wird immer lauter. Es scheint kaum

möglich, den Moderator zu verstehen, der durch das Stimmengewirr versucht, eine Redeliste zu kommunizieren.

Abbildung 15: Diskursverlauf »Dialog« im Themenraum »Ordnung«



Quelle: eigene Darstellung, Satz: GrafikBüro Berlin

[11] Der Moderator ruft schließlich einen Bewohner aus dem Stadtteil auf. Seine tiefe Stimme und sein starker Akzent machen es mir beinahe unmöglich, ihn im Getöse zu verstehen. Fetzen gelangen an meine Ohren. Er plädiert dafür, in den direkten Kontakt zu gehen, die Leute einfach anzusprechen, einfach zu sagen »Hey, es ist zu laut«, ganz freundlich und ruhig. »Probier mal erstmal so!« (ebd.: Z. 591f.), meint er schließlich. Eine Bewohnerin reagiert prompt: Also das wisse sie aus eigener Erfahrung, das bringe nichts.

[12] Der Polizist sagt zum Bewohner, der soeben dafür geworben hat, freundlich in den Kontakt miteinander zu gehen: »Das ist interessant. Der junge Mann, seit wie vielen Jahren leben Sie in Deutschland?«. »Seit 96«, sagt dieser. Der Polizist rahmt den Verhaltensvorschlag als Idealbild, denn »das ist eigentlich das Ideale, was wir uns vorstellen können« (ebd.: Z. 594–597).

[13] Der Streetworker, der für die Altersgruppe der Jugendlichen zuständig ist, verabschiedet sich aus der Runde, er müsse weiter, auf die Straße. Er gibt der Runde mit, dass sich Bewohner_innen, Ordnungsamt und Polizei nun über alles verständigt hätten. Er gibt zu bedenken, ob es wirklich Sinn mache, über die Umsetzung der »Trinkergruppe« nachzudenken. Für ihn heißt es: »Die Menschen bleiben hier« (ebd.: Z. 626) und man solle lieber darüber nachdenken, dort Toiletten zu ermöglichen, um etwas gegen das Urinieren zu tun. »Was können wir verbessern« (ebd.: Z. 629), fragt er. Für ihn bedeutet das »auch mit Menschen zu reden, meinerwegen auch bei die jungen Leute (unv.) die haben Respekt vorm Alter. Jeder kann das ma-

chen. Vorschlag also: Flipchart oder auf dem Papier: Was ändern wir? Was ist unser Ergebnis von Gespräch?» (ebd.: Z. 630–633).

[14] Ein Sozialarbeiter und Mitarbeiter im Fachbereich Soziale Arbeit einer nahen Hochschule appelliert an die Bewohner_innen, das Gespräch zu suchen: »Auch fürs Flipchart, dass man gucken kann, wie kann man vielleicht (unv.) wie kann man die bearbeiten, dass sie auch sagen: Ich geh da auch hin, ich sprech auch mit den Leuten. Vielleicht mach ich's auch nicht alleine. Es bringt auch nichts, sich auf Polizei und zwei Genossenschaften allein zu beschränken [...]. Ich glaube da sind Sie als [Bewohner_innen des Stadtteils] gefragt und in der Verantwortung.« Der Moderator daraufhin: »Also wirklich diesen Dialog zu befördern und nicht immer repressiv«. Der Mann von der Hochschule dazu »[...] zu gucken: was braucht's denn, dass wir anfangen (unv.)?« (ebd., 644–651).

[15] Eine Frau, die keine Bewohnerin des Stadtteils ist, schlägt vor, »dass sie sich in irgendwelchen Arbeitsgemeinschaften [dieses Wort betont sie besonders], sag ich jetzt einfach mal, zusammenfinden, wo sie ihre Interessen, meinetwegen Böllern, knallen (unv.), wo sie sich ohne (unv.) wo sie bisschen Anleitung haben und irgendwas machen können« (ebd.: Z. 654–657). Die Streetworkerin gibt per Handzeichen zu erkennen, dass sie direkt reagieren möchte. »Was ich aus der Erfahrung sagen kann, wir sitzen jetzt hier und es ist keine von den Personen, um die es geht, anwesend und wir überlegen uns ›Was müssen wir machen, damit die sich wegbewegen, eben keinen Lärm machen?‹. Und es ist, ich bin total dafür, je mehr Sie im [Name des Stadtteils], die hier wohnen, das Ausgrenzungsgefühl haben, sagen so ›Oh, die sind anders, du da ham wir Angst und das wolln wir nicht‹. Das sind keine Kleinkriminellen, an denen Sie vorbeilaufen und die ziehen nen Messer oder so was, sondern Sie können mit diesen Personen ins Gespräch gehen. Das machen wir. Und ich kann ihnen aber auch nur sagen, wir sind seit geraumer Zeit (unv.) Es braucht aber Zeit. Wenn ich als Sozialarbeiter hingehe und sag: ›Hallo, ich bin Sozialarbeiter, was brauchen Sie denn? Dann sagt er (unv.). Ich brauch einfach wirklich nen gewissen Vorlauf, dass die in der Lage sind, zu sagen: ›Okay, wir haben da Vertrauen‹. Und dann kann ich mit denen besprechen: Was braucht ihr? Was wollt ihr?« (ebd.: Z. 662–674).

Die Streetworkerin bringt hier klassisch sozialarbeiterische/gemeinwesen-arbeitsbezogene Wissensbestände in die Situation ein (Lebensweltorientierung, Beziehungsarbeit, Vertrauen, Ressourcen- und Netzwerkarbeit etc.). Es wird deutlich, dass sie von der »Trinkergruppe« auf dem Platz spricht, die sich dort konstant und vor allem tagsüber aufhält. Sie spricht nicht von den Gruppen, die in der Nacht unterwegs sind.

Langsam beginnt das Stühlerutschen. Andere Gesprächsrunden haben sich schon aufgelöst. Aber es wollen noch Leute etwas sagen. Eine Bewohnerin des Stadtteils möchte schon lange etwas loswerden. »Ich möchte jetzt einfach mal unseren Ordnungshütern, Ordnungsamt, Polizei nen Dank aussprechen für die Arbeit, die sie bis jetzt geleistet haben« (ebd.: Z. 683–685). Es gebe viele Probleme,

erst in der vergangenen Nacht sei es wieder laut geworden, aber man könne den Behörden auch nicht immer die Schuld geben, auch die Stadt sei gefragt, Verbots-schilder aufzustellen usw. Die Ordnungsamtsmitarbeiterin appelliert schließlich nochmals: »Also, wir schaffen's nur gemeinsam! Wenn wir nicht mitmachen, jeder einzelne von Ihnen, dann kriegen wir dit nich jeregelt [...] Jeder versucht nach bestem Gewissen, sich da einzubringen« (ebd.: Z. 719–722). Schließlich entlässt der Moderator die Teilnehmenden in die Pause. Die Zeit wurde aufgrund der vielen Wortbeiträge um etwa 15 Minuten überzogen, wofür er sich entschuldigt.

In der Pause gehe ich auf die Terrasse nach draußen. Ich sehe einige der Bewohner_innen zusammenstehen. Die Frau, die sich vorhin gemeinsam mit ihrem Mann über den nächtlichen Lärm aufgeregt hat, steht lächelnd dort und unterhält sich. Ich frage sie, wie sie es so fand. Sie winkt ab und schüttelt den Kopf: »Ach, hörn se uff!« (ebd.: Z. 738). Ihre Erwartung an die Veranstaltung war wohl, dass ordnungsbehördliche Maßnahmen beschlossen werden. Stattdessen haben das Ordnungsamt und die Polizei klargestellt, dass sie bereits alles ihnen Mögliche tun und nun die Bewohner_innen dran seien, aktiv zu werden. Von der Problemzuschreibung bezüglich der problematisierten Gruppen wandelte sich der Diskurs hin zu einer Sensibilisierung für deren Bedürfnisse, die nur im Dialog zu identifizieren seien.

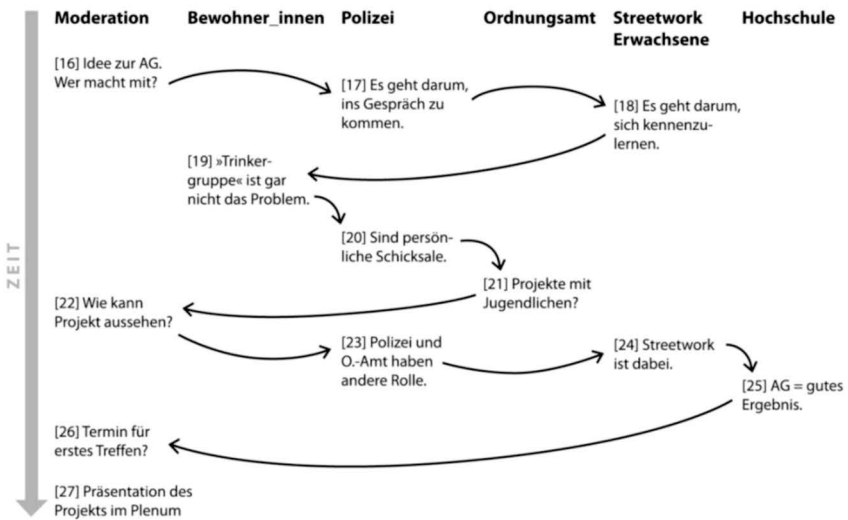
11.2.1.3 AG Kooperation

Nach der Pause werden die Zwischenergebnisse zunächst in der großen Runde allen Teilnehmenden des Nachbarschaftsforums vorgestellt. Der Reihe nach präsentieren alle Moderator_innen und Co-Moderator_innen, was in den Themenräumen besprochen wurde. Der Moderator resümiert, dass das Thema »Ordnung« durchaus ein emotionales sei und es sei wichtig, dass das, wie es empfunden wird, geäußert werden konnte. Der Co-Moderator hingegen fasst das Inhaltliche aus seiner Bewohner_innensicht zusammen: »Was uns alle bewegt ist der Lärm am [Name des Stadtteils] und zwar der nächtliche Lärm. Die Unruhestifter äh, die in anonymen verschiedenen Häusern sind und äh wo die das Ordnungsamt und die Polizei nur dann wirksam werden kann, wenn die Leute auch direkt benannt werden können. Das zweite, was immer wieder hochkommt, ist die Trinkerszene vorm [Supermarkt]. Uns wurde gesagt, dass es so ist, dass das Trinken in der Öffentlichkeit bei uns in Deutschland nicht verboten ist, aber, dass es dann natürlich zu Schwierigkeiten kommt, wenn diese Leute in der Öffentlichkeit urinieren und das ist ja leider auch der Fall hier. [...] Wir werden sicher in der zweiten Runde zu konkreten Maßnahmen kommen, welche Schritte wir dort als Bürger mit unternehmen können« (Beobachtungsprotokoll »Ordnung«: Z. 770–786). Der Moderator setzt nochmal an und verlaublich, dass sich in der Pause jemand bereit erklärt hätte, eine Arbeitsgemeinschaft (AG Kooperation) zu gründen. »Das bedeutet nicht, tätig zu werden, wenn die Dinge schon passieren und dann das Ordnungsamt und die Polizei zu holen, sondern eher [...] eine AG zu gründen, die den Dialog fördert zwischen Ord-

nungsamt, Polizei, Stadtverwaltung, wo die Einwohnerinnen sozusagen selbst mit denen in Kontakt stehen und sagen ›Hier, das muss verbessert werden‹« (ebd.: Z. 788–792). Gemeinsam solle dann ein Dialog mit den Leuten entstehen, die vorm Supermarkt sitzen, denn da bestehe gar kein Kontakt. »Dass man mit denen vorher mal redet und sagt ›Mensch, das stört mich‹, ja? [...] Also AG Kooperation – tolles Ergebnis, erstes Ergebnis« (ebd.: Z. 794–798).

Im Folgenden wird der diskursive Verlauf in der zweiten Gesprächsrunde im Themenraum Ordnung vorgestellt, die sich der Vorstellung vor allen Teilnehmenden anschließt. Die Runde sitzt wieder an Ort und Stelle, wo auch der erste Teil stattfand. Es sind etwa ein Viertel weniger Teilnehmende da als zuvor – meinem Eindruck nach sind es eher die Bewohner_innen, die nicht wiedergekommen sind. Auch hier gibt es einen Turn im Verlauf, der durch die Idee der AG-Gründung eingeleitet wird. Anhand der Abbildung 16 werden die Schritte jeweils wieder beschrieben (Ziffern 16–27).

Abbildung 16: Diskursverlauf »AG Kooperation« im Themenraum »Ordnung«



Quelle: eigene Darstellung, Satz: GrafikBüro Berlin

[16] Der Moderator erläutert nochmals, was in der Pause geschehen ist. Eine engagierte Bewohnerin des Stadtteils, die schon eng mit den verschiedenen Akteur_innen von Ordnungsamt, Polizei und Sozialer Arbeit vernetzt ist, äußerte die Idee einer Arbeitsgemeinschaft, die sich dem Dialog mit den Personen widmet, die auf

dem Platz so »scheinbar« (Beobachtungsprotokoll »Ordnung«: Z. 832) Probleme machen. Es geht darum, mit ihnen in Kontakt zu gehen und zu sagen »Mensch, wie ist denn dit hier. Um fünf Uhr morgens, so laut machen äh wat gibt's n da für Gründe für oder vielleicht finden wa ne andere Lösung?« (ebd.: Z. 833f.). Sie habe den Eindruck geäußert, Austausch geschehe »immer nur über die Autoritäten« (ebd.: Z. 846f.), aber nie im Dialog.

Unklar ist hier noch, auf welche der problematisierten Gruppen sich die AG-Idee bezieht, ob auf die »Trinkergruppe« oder die abendlich/nächtlich lärmenden Gruppen.

Der Moderator führt weiter aus, dass die Bewohnerin ihre E-Mail-Adresse notiert hätte. Nun gehe es darum, für die AG Kooperation, aber auch für andere Projektideen je einen Steckbrief zu verfassen. Dieser solle beinhalten, was man vor habe, vielleicht versehen mit einem aussagekräftigen Namen für das Projekt. Das heißt, es gehe jetzt darum, zu überlegen, wie mit den geäußerten Problemen umgegangen werden könne. »Jetzt ist die Frage, wie kommen wir voran hier? Und diesen Zwischenschritt möchten wir gern machen, indem wir sozusagen ne möglichst konkrete Projektidee entwickeln und auch Verbindlichkeiten festlegen, wer sich denn dann trifft, ja?« (ebd.: Z. 841–844)

Der Steckbrief wird hier zum Werkzeug, die Projektideen zu befördern und zu konkretisieren und eine einheitliche Darstellung (auch für die Dokumentation) zu ermöglichen. Ein Steckbrief ist weniger aufwendig als ein ausgearbeitetes Konzept und doch mehr als eine vage formulierte Idee auf einer Moderationskarte.

Als sich niemand zu Wort meldet, spricht er weiter: »Aber wir haben noch ganz viele andere Themen gesammelt, wie z.B. Dreck, Müll irgendwie, dann die äh die Hinterhöfe, dass die halt so verwildert seien. Ähm, da müsste man halt gucken, wie man da rangeht. Und jetzt sind Sie eigentlich so ein bisschen gefragt, Sie als [Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtteils] ähm haben Sie ne Idee, wo Sie sagen: ›Das möchte ich gern selbst anschieben, aber mir fehlen die Verbündeten‹, ja? Oder: ›Mir fehl'n vielleicht auch die Ressourcen.‹ Wir sind ja jetzt hier im [Name der Einrichtung] und da gibt's natürlich die Möglichkeit auch einfach zu sagen: ›Wenn wir uns treffen wollen, dann gibt's hier nen Raum‹, ja? (unv.) ›Wir brauchen uns nicht bei (unv.) im Wohnzimmer zu treffen.‹ Dass man wirklich erstmal ganz kleine Sachen entdeckt. Jetzt hab ich so viel geredet, was denken Sie?« (ebd.: Z. 849–859).

Die Wortmeldungen gehen wieder in Richtung dessen, was die Polizei in der vergangenen Nacht (nicht) unternommen hat. Der Moderator sagt daraufhin: »Okay [...], aber wir probier'n schon wieder so'n bisschen, dass die Polizei unsere Probleme löst und das Ordnungsamt. Vielleicht gibt's ja auch ne Idee, selbst aktiv zu werden. Jetzt nicht in Richtung Bürgerwehr, sondern vielleicht eher/[in der Runde setzt Lachen ein] Naja, es ist ja eher (unv.)/Ist gut, dass alle lachen« (ebd.: Z. 892–896), der Moderator lacht zweimal laut auf, auch die Runde lacht.

Der Moderator erscheint hier ambivalent: Einerseits stellt er immer wieder Fragen an Ordnungsamt und Polizei zum ordnungsrechtlichen *Procedere*, so als wolle er den Zuhörenden Wissen vermitteln, andererseits kritisiert er implizit die Haltung, die Polizei solle Probleme lösen und nicht man selbst. Schließlich benutzt er den Terminus »Bürgerwehr« als Vergleichshorizont, um sich kritisch von diesem zu distanzieren, ohne jedoch die Parallelen ganz auszuräumen.

[17] Der Polizist stellt daraufhin klar, dass »keiner von Ihnen [verlangt], dort runter zu gehen oder für Ruhe zu sorgen« (ebd.: Z. 898f.). Er kenne die Initiatorin der AG Kooperation und diese verfolge den Ansatz, auf die Leute zuzugehen und zu fragen »Was fehlt euch denn hier? Was können wir denn ermöglichen?« (ebd.: Z. 901f.). Sie habe z.B. schon angeregt, dort eine Toilette aufzustellen.

Die Interventionsideen rund um die AG Kooperation kreisen vermehrt um die »Trinkergruppe«, die sich tagsüber am öffentlichen Platz aufhält.

[18] Die Streetworkerin nimmt darauf Bezug und bestätigt, dass dies auch genau der Ansatz des Streetwork sei. Ihr Arbeitsauftrag sei es nicht, dafür zu sorgen, dass die Leute dort nicht mehr säßen, denn sie hätten das Recht dort zu sitzen. Eigentlich sei es doch toll, dass der Platz im Sommer so belebt sei, dass draußen gegrillt werde, dass auch Familien da seien. »Ich find's immer schön, auch zu wissen: ›Mann, wenn die jetzt nicht mehr da sind, dann sitzen wir hier [im Stadtteil] auch irgendwann wie in [Name eines noblen Stadtteils], gucken wir uns alle an mit unseren schicken Klamottchen und so. Also eigentlich ist es doch total nett, wenn es so durchmischt ist und es hat jeder ein Anrecht darauf und der Punkt ist einfach auch zu sagen ›Okay‹, wenn ich die Person kenne, kann ich doch sagen ›Ja Mensch Harry, wat machste denn hier? Geh doch mal nach Hause, du hast einen zu viel drinne‹. Aber wenn ich jedes Mal nur so drumrum geh und sage ›Ich weiß gar nicht, wer das ist. Ich distanzier mich davon und ich hab da Angst‹. Und ich glaube wirklich, dass da manche Leute Angst haben. Das war in [Name eines Stadtteils] das Gleiche damals und wir haben eine Befragung gemacht und es kam raus: Es hat einfach keiner Angst. Es sieht nur auf gut Deutsch scheiße aus« (ebd.: Z. 919–930). Sie führt weiter aus, dass es darum gehe, zu verstehen, wer dort sitze und die sozialen Barrieren abzubauen, die eine Kommunikation verhindern. Die Leute, die dort säßen, würden sich ausgegrenzt fühlen, würden nicht zu Stadtteilfesten gehen: »Weil sie genau wissen, was die [Bewohner_innen des Stadtteils] von Ihnen denken und weil sie eben nicht in die Gruppe reingehen wollen, so ›Kuck mal hier, wir sind die Clowns und Ihr habt alle Angst vor uns‹« (ebd.: Z. 946–949).

Die Frage »Was braucht ihr?« wird in der Situation immer wieder gestellt. Sie steht für eine normative Einordnung der Richtung, wie man mit den problematisierten Gruppen zu sprechen habe. Es wird aber nie weiter unterfüttert, auf welche Dimensionen von Bedürfnissen sie sich bezieht, das heißt auch, welche gesellschaftstheoretische Dimension sie den Bedürfnissen, die zu bearbeiten sind, ein-

räumt. In den Erzählungen der Streetworkerin von Erfahrungen aus der Praxis ist die Rede von Mülleimern und Bänken.

[19] Die Bewohnerin, die im ersten Teil einen so großen Redeanteil hatte, meldet sich zu Wort: Sie müsse an der Stelle widersprechen. Es konzentriere sich jetzt hier auf die Leute, »die da trinken« (ebd.: Z. 952). Sie habe das zwar vorhin angesprochen, ihr gehe es dabei aber eher um die Kinder. »Die trinken da, die verhalten sich eigentlich ruhig« (ebd.: Z. 954f.). Wenn man dort vorbeingehe, werde man nicht belästigt, niemand würde ihr die Füße entgegenstrecken. Das eigentliche Problem für sie seien die anderen, die nicht vor ihren Häusern säßen, sondern rund um einen kleinen Platz und dort trinken und laut Musik hören würden. »Dit sind nicht die Trinker, die da am Tage sitzen. Die sind zu der Zeit schon längst weg. Die stören eigentlich nur, finde ick, weil se eben, weil ick dit eben der Kinder wegen nicht so jut finde. Mich, ick sag's jetzt mal, mich stör'n die ja nich unbedingt, aber für die Kinder, ick denke eigentlich, dass es keene Vorbildwirkung is.« (ebd.: Z. 961–965)

[20] Der Polizist widerspricht daraufhin und verweist auf die regelmäßigen Gespräche, die sie mit den Kindern der benachbarten Grundschule führen würden und bei denen herauskomme, dass es die Kinder nicht störe. Es würden interessanterweise meist ältere Personen feststellen, »weil die anders aufgewachsen sind, weil die/sie haben ne andere Sozialisierung [»Ja genau« wird ihm aus den Reihen beigeplichtet] ja genau, sie finden's nicht in Ordnung« (ebd.: Z. 967–969). Auch die Männer, die da sitzen und Bier trinken, hätten noch die Erziehung, »dass sie ihre Bierflasche nen bisschen beiseitestellen und die Kinder auch nicht ansprechen« (ebd.: Z. 977f.). Er verweist auf die Biografien: So sei der Stadtteil »ja mal so'n Stadtteil von Volkspolizisten oder NVA-Offizieren hier [gewesen], vorrangig. Teilweise sind's die Überbleibsel, ich nenn's mal: Frau verlassen, Schicksalsschlag, Arbeit verloren. Und dann sind die hier, sind allein in ihrer Wohnung und sind dem Alkohol irgendwo zugeneigt« (ebd.: Z. 973–976). Auch der Moderator pflichtet bei, dass das ein sehr interessanter Blickwinkel sei. Der Polizist: »Wenn man mal ins Gespräch kommt, is schon sehr interessant, was da für Schicksalsschläge dahinterstecken, was es für Menschen sind, dass es auch relativ schnell gehen kann. Es kann uns allen passieren: Also nen Schlaganfall, irgendwo die Frau is weg, dann verliert man das Haus und dann is man ganz schnell hier und dann sucht man echt nur irgendwo Anschluss und auch ne Freizeitmöglichkeit« (ebd.: Z. 987–991).

[21] Die Ordnungsamtsmitarbeiterin schwenkt schließlich über zur Gruppe der Jugendlichen, die abends und nachts laute Musik hören. Sie wiederholt den Vorschlag, dass man auf sie zugehen könne und sie danach fragen könne, was sie bräuchten. Sie verweist auf ein Beispielprojekt aus einer anderen Stadt, in der das Ordnungsamt bei einer ähnlichen Ausgangslage ein Projekt gestartet hätte und zu den Jugendlichen gegangen sei, um sie nach ihren Wünschen zu fragen. Es kam der Vorschlag eines Platzes für ein Holzhäuschen, wo man Grillen könne. Daraufhin wurde »in der Gegend« (ebd.: Z. 1005) nach einem geeigneten Ort geschaut und

es wurde zusammen etwas hergerichtet, was die Jugendlichen nun auch sauber hielten und worauf sie aufpassen würden. Im Stadtteil gebe es »sicherlich Orte, wo man sie wegziehen kann [vom Supermarkt], wo sie eben auch mal Krach machen können, dass das eben halt nicht so stört. Was aber eben ihr eigenes ist, wo sie selbst für verantwortlich sind« (ebd.: Z. 1010–1012). Sie bekommt Zuspruch aus der Runde, doch auch Kritik schwingt mit: Ein Mitarbeiter eines Projekts mit Langzeitarbeitslosen, der in der zweiten Hälfte dazugekommen ist, findet es falsch, nach Möglichkeiten der Vertreibung der Gruppen zu suchen. Der öffentliche Raum sei zum Grillen und Feiern auch da und es gelte, »den dann entsprechend herzurichten, nicht irgendwo am Rand abzulagern« (ebd.: Z. 1038f.).

[22] Der Moderator stellt fest, dass die Gruppe »immer noch so'n bisschen in dieser Bestandsaufnahme« (ebd.: Z. 1113) sei. Es gebe Projekte, die gut liefen und vielleicht ginge so etwas ja auch durch den Kontaktaufbau zu der Gruppe. Die Streetworkerin verdeutlicht, dass so etwas Zeit brauche und sie auch in Kontakt mit der Bewohnerin stünden, die die AG-Idee geäußert hat: »Ich kann wirklich nur dafür appellieren: Halten Sie die Augen offen, seien Sie in Anführungsstrichen nicht diskriminierend, sondern lernen Sie die Leute auch kennen, so gut es geht« (ebd.: Z. 1118–1121).

Die Wortmeldung der Streetworkerin hat den Charakter einer Conclusio. Aus der Perspektive der Moderation, die Projekte befördern möchte, ist das nicht genug. Als Moderator geht es ihm um dokumentierbare Ergebnisse, die am Ende der Veranstaltung feststehen. Allgemeine Aussagen ohne praktische Konsequenz und zeitliche Begrenzung, wie die allgemeine Empfehlung zum diskriminierungssensiblen Umgang miteinander im Stadtteil, sind erst ein Ergebnis, wenn sie sich auf einem Steckbrief mit konkreten Projektschritten materialisieren.

Der Moderator wiederholt, dass es nun darum gehe, zu überlegen, wie man gemeinsam den Dialog fördern könne. Er orientiert die Teilnehmenden hin zur Idee, ein Projekt zu entwickeln: »vielleicht könnte das ja auch ein konkretes- Sie werden merken, ich dränge so ein bisschen in diese Projektidee« (ebd.: Z. 1128f.).

Die Ergebnisorientierung stellt sich über den situierten Diskurs, in dem um unterschiedliche, aus Perspektive einer kritischen Sozialen Arbeit teils hochproblematische Deutungen zu den thematisierten Gruppen noch immer gerungen wird. Unklar ist zudem, wen der Moderator mit der Frage nach der Verantwortung für die Umsetzung der Projektidee adressiert (Wer tritt mit der engagierten Bewohnerin in Kontakt, wer kommuniziert zu weiteren möglichen Interessierten?).

Der Moderator äußert, dass es eine Vermittlerposition zwischen den Beschwerdeführer_innen und der problematisierten »Trinkergruppe« brauche. Er schlägt vor, »dass vielleicht Sozialarbeiter äh Sozialarbeiterinnen mit dabei sind, die dann vielleicht auch sagen können: ›Wir gehen heute dahin mit Frau [Nachname] oder vielleicht jemandem aus der (unv.). Kommen Sie doch bitte mit, wir kennen die

schon« und dann, also, dass einfach, dass man so ne Art Brücke bildet, ja?» (ebd.: Z. 1132–1136).

[23] Der Polizist gibt die unterschiedlichen Arbeitsweisen von Sozialer Arbeit und Polizei klar zu bedenken. Sie würden sich aus dieser Projektidee herausnehmen, weil ihnen teils strafrechtlich relevante Sachverhalte geschildert würden, wo sie dann tätig werden müssten. Dies beträfe auch das Ordnungsamt. Er wäre aber sehr an Austausch interessiert. Der Moderator bestätigt die unterschiedlichen Aufträge und auch die Streetworkerin pflichtet dem bei und ergänzt, dass es in der Arbeitsgruppe eher um die Bürger gehe und man nicht mit den Leuten arbeiten könne, wenn sie mit Polizei oder Ordnungsamt dort vor Ort gingen: »Und ich hab keinen ordnungspolitischen Auftrag und das will ich auch nicht.« (ebd.: Z. 1165)

[24] Schließlich äußert sich die Streetworkerin, dass sie in einer Kooperations-AG, die dazu diene, die Nachbarschaft zu stärken, »sofort dabei« (ebd.: Z. 1167) wäre. Sie sei gern mit der Bewohnerin in Kontakt und würde schauen, was sie daraus machten. Der Moderator fragt, ob sie sich dann gleich hier in die Kontaktliste eintragen würde. Er wirkt gelöst, er sagt: »Ich hol mal schnell ein Klemmbrett« (ebd.: Z. 1180). Er fragt in die Runde, wer denn noch Lust hätte als Bewohner_in des Stadtteils mitzumachen: »[M]ir fehlt so'n bisschen von Ihnen so das Feedback oder so die Rückmeldung, ob Sie das jetzt auch ne spannende Idee finden und sich vorstellen können, sich da zu engagieren in irgendeiner Form« (ebd.: Z. 1190–1192). In der Tat tendiert der Redeanteil der Bewohner_innen nun gen Null.

[25] Der Mitarbeiter der Hochschule bestätigt, dass dies doch ein sehr gutes Ergebnis sei und es eben nur gemeinsam gehen könne: »Wenn es jetzt ne AG gibt als Ergebnis dieses Workshops und ne Anlaufstelle, dann ist das doch ein guter Startpunkt« (ebd.: Z. 1185f.).

[26] Der Moderator baut nochmals die Brücke und ermuntert die Anwesenden, dass es ja vielleicht »einfach nur mal darum [geht], mit dem Streetwork vorbeizuschauen« (ebd.: Z. 1193f.) und dass man mit den Leuten, »die jetzt ständig Thema waren, [...] [d]ass man vielleicht mal mit ihnen redet« (ebd.: Z. 1194f.). Der Polizist ergänzt und betont, »wie schwer das den Leuten fällt, laut zu sein, wenn sie den Anwohnern ein Gesicht geben« (ebd.: Z. 1197). Es geht darum, etwas gegen die Anonymität im Stadtteil zu unternehmen, das scheine, wie der Moderator aufgreift, ein großes Problem zu sein, »denn, wenn Sie als Einwohner des [Stadtteils] wissen, dass der Harry und der Rainer und die Gisela da sitzen und die wieder zu laut sind, dann kann man das Fenster aufmachen und sagen ›Mensch, Gisela, mach mal leiser‹« (ebd.: Z. 1202–1204). Einige der Teilnehmenden lachen. Noch immer gibt es keine Wortmeldungen vonseiten der Bewohner_innen. Die Mitarbeiterin des Ordnungsamtes verweist darauf, dass es eine Kontaktmöglichkeit brauche, wenn interessierte Bewohner_innen zur AG dazu stoßen wollen. Der Moderator bringt erneut den Steckbrief ins Spiel, den es am Ende des Tages gebe und auch eine Kontaktliste. In der Runde wird überlegt, ob ein Termin für das erste Treffen in den Räum-

lichkeiten des Begegnungsortes vielleicht jetzt schon vereinbart werden sollte. Der Moderator bestärkt die Anwesenden, sich schon genau zu verabreden, »dann weiß jeder, ›Okay in einem Monat am Sonnabend treffen wir uns um zehn hier‹« (ebd.: Z. 1225f.). Die Hauptmoderatorin der Veranstaltung sei auch weiterhin »in der Begleitung, das heißt, Sie müssen nicht alles alleine machen, sondern Frau [Nachname] würde ja auch gucken, dass sie dann hier ist und das mit vorbereitet« (ebd.: Z. 1229f.). Da die Initiatorin der AG nicht mehr da ist, erklärt sich die Streetworkerin bereit, an alle Interessierten eine E-Mail zu schicken und auch die Initiatorin zu informieren, was die Idee ist. Sie sei am Dienstag wieder im Büro und dann wisse die Bewohnerin Bescheid, wie der Stand der Dinge ist.

Zum Schluss, kurz bevor die Runde auseinandergeht, kommt ein Mann dazu, der noch schnell etwas loswerden möchte: »Bin leider n bisschen später gekommen, aber vielleicht bestünde die Möglichkeit, den Herrschaften so eine tragbare Toilette hinzustellen, dass die ihre Bedürfnisse da erledigen statt in den Büschen« (ebd.: Z. 1369–1372). Der Moderator erklärt, dass sie das ausgiebig diskutiert hätten und es erst einmal darum ginge, mit den Leuten Kontakt aufzubauen und dann zu schauen, was diese brauchen »und die Toilette scheint ein großes Thema zu sein« (ebd.: Z. 1375f.). Der Moderator verweist nochmals auf die Kontaktliste, in die man sich eintragen könne.

Dies ist ein konkreter Vorschlag einer materiellen Intervention, die auch ohne dialogisches Format (Projekt, Treffen, Prozess) ablaufen kann. Es wäre ja möglich, auf Grundlage von Äußerungen der »Trinkergruppe« und Beobachtungen schon jetzt die Relevanz der Toilette festzustellen und festzulegen, wer erste organisatorische Schritte unternehmen kann. Dies findet hier jedoch nicht statt, sondern es wird auf das Projekt verwiesen, das im Dialog mit der problematisierten Gruppe deren Bedarfe und Bedürfnisse erst feststellen soll.

[27] Bei der abschließenden Ergebnisvorstellung im großen Saal des Veranstaltungshauses fasst der Moderator das Ergebnis der Runde »Ordnung« dann folgendermaßen zusammen: »[D]a gab's ne tolle Idee von mehreren Personen aus der Gruppe und zwar gibt's die Idee, ne Art-Kooperations-Arbeitsgruppe zu machen. Da geht's darum, dass die Streetworker, die schon in Kontakt stehen mit der Gruppe, über die immer gesprochen wird, aber mit denen nicht gesprochen wird. [...] [D]ie Nachbarn, die haben eigentlich gar keinen Kontakt zu dieser Gruppe. Die reden immer nur über die. Und jetzt soll was stattfinden, und zwar soll's so ne Art Dialog geben, dass die Streetworker diese Anwohnerinnen und Anwohner mitnehmen und dass dort erstmal sich kennengelernt werden kann. Und in einem zweiten Schritt darüber gesprochen werden kann, was die denn vielleicht auch benötigen, wie die ihr Umfeld anders gestalten wollen, weil es gibt schon tolle Projekte, wo Personen, die halt eher als schwierig gelten, mit denen zusammen dann was gemacht wird, mit ihnen zusammen sozusagen auch ihr Umfeld gestaltet wird. Und dadurch, dass die selbst was tun und selbst sozusagen in die Situation versetzt wer-

den, wirksam zu werden, haben sie auch eine gewisse höhere Wertschätzung für Dinge, die sie umgeben. Und dadurch kann sich viel verändern. Das ist sozusagen diese Idee, die dahintersteht. Und diese Kooperations-AG soll sozusagen diesen Dialog fördern, [Bewohner_innen des Stadtteils] mit den anderen Nachbarn, die sozusagen so schwierig [er macht Anführungszeichen in der Luft] sein sollen, dass auch ein Verständnis erzeugt wird« (ebd.: Z. 1428–1447). Er berichtet, dass sich mittlerweile sieben Personen zur Mitwirkung in der AG bereit erklärt hätten und dass es ein Treffen geben werde, das von den Streetworker_innen organisiert werde. Er betont, »dass es hier um eine Arbeitsgruppe geht, die wirklich selbst aktiv werden möchte. Das heißt, die sagen nicht anders Bescheid ähm, dass sie ihre Probleme lösen, ja? Weil das findet ja sozusagen statt, es gibt ja sozusagen das Ordnungsamt und die ganzen Leute, dass wenn's brennt, kommen die ja, aber es geht hier wirklich darum, einen Dialog zu fördern und nicht an andere Leute ranzutragen, äh was das Problem ist.« (ebd.: Z. 1538–1543)

Der Moderator bringt hier das Bild einer motivierten Gruppe hervor, die aktiv und in klarer Abgrenzung zur ordnungsbehördlichen Praxis tätig werden möchte.

11.2.1.4 Follow Up

Im Zuge der ethnografischen Forschung war es möglich, auch an der Folgeveranstaltung zum Forum teilzunehmen (siehe dazu auch Abschnitt 10.10 »Gehen und nicht Wiederkommen«). Es handelt sich hierbei um ein auf zwei Stunden angelegtes Treffen vier Monate später an einem frühen Freitagabend, bei dem es darum geht, zusammenzutragen, was die einzelnen aus dem Forum entstandenen Arbeitsgruppen gemacht haben oder wo noch Unterstützung nötig ist. Von den 17 Anwesenden sind fünf Bewohner_innen des Stadtteils dabei, drei davon sind in Projekten engagiert und zwei in der Kommunalpolitik. Moderiert wird es von der Hauptmoderatorin des Nachbarschaftsforums. Der Reihe nach werden Vertreter_innen aus den einzelnen Themenräumen aufgerufen, den Stand der zwischenzeitlichen Entwicklungen zu vermitteln.

Zur Situation der AG Kooperation, die sich aus dem Themenraum Ordnung heraus gebildet hatte, erzählt der Quartiersmanager des Stadtteils. Man habe sich getroffen, die Streetworker_innen seien auch dabei gewesen. Wer darüber hinaus noch dabei war, bleibt unklar. Viel mehr erfährt man nicht. Einer der engagierten Bewohner, ein etwa 70-jähriger Mann, meint, »es ist schon gut, dass Professionelle das machen, ich würde sonst da eher was kaputt machen« (Beobachtungsprotokoll »Follow Up«; Z. 122f.). Bürger_innen seien bei dieser Thematik beratend involviert, aber nicht direkt vor Ort, so die Conclusio des Quartiersmanagers. Eine Telefonnummer, die man anrufen kann, »wenn man Ärger hat« (ebd.: Z. 126), stehe in der Stadtteilzeitung.

Es ist zu vermuten, dass der Quartiersmanager auch Teil der AG Kooperation ist. Bei aller Vagheit über das, was bei dem Treffen besprochen wurde und wer da-

bei war, wird deutlich, dass die Bewohner_innen nicht mehr direkt vor Ort mit der »Trinkergruppe« aktiv sind und die Koordination nun eher in den Händen der professionellen Akteur_innen liegt.

11.2.2 Analyse/Diskussion

In diesem Unterabschnitt geht es um die Rolle der Sozialen Arbeit in Situationen veranstalteter, intermediärer Partizipation unter besonderer Berücksichtigung der Frage nach Mechanismen und Bedingungsverhältnissen sozialer Ausschließung. Unter Sozialer Arbeit sollen hier organisierte und professionalisierte Praxisformen im Stadtteil gefasst werden (GWA, Stadtteilarbeit, Nachbarschaftsarbeit, aufsuchende Arbeit/Streetwork, Jugend(sozial)arbeit usw.), die im direkten Kontakt mit den Adressat_innen und weiteren relevanten Akteur_innen soziale Probleme und soziale Konflikte im Stadtteil bearbeiten bzw. an der Verbesserung der Lebensbedingungen und sozialräumlichen Netzwerke mitwirken. Im empirischen Beispiel des Nachbarschaftsforums sind die Akteur_innen der Sozialen Arbeit insbesondere die beiden Streetworker_innen, der Mitarbeiter des Langzeitarbeitslosenprojekts sowie die Akteur_innen aus den sozialen Einrichtungen im Stadtteil, die das Forum organisiert haben und nachbetreuen, auch wenn sie nicht unmittelbar im betreffenden Themenraum waren. Mittelbar zählt auch der Mitarbeiter der Hochschule zur Sozialen Arbeit, weil er Wissen aus der Disziplin Sozialer Arbeit in die Situation einbringt.

Mit der Darstellung der Rekonstruktion des Diskursverlaufes ist deutlich geworden, dass in der Situation soziale Probleme und soziale Konflikte zwischen verschiedenen Akteur_innen verhandelt werden. Es ist ebenfalls deutlich geworden, dass die Soziale Arbeit adressiert wird, die Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum zu bearbeiten. Dies ist kein singulärer Fall, sondern wird etwa von Dirks et al. (2016), Diebäcker (2014) und Reutlinger (2020) als Trend zur Indienstnahme insbesondere aufsuchender Sozialer Arbeit beschrieben. Nach Killian und Rinn (2020) können die stadtpolitischen Kontextbedingungen sozialraumbezogener Sozialer Arbeit eingeordnet werden als Ordnungspolitik im Rahmen neoliberaler Stadtentwicklungspolitik und damit einhergehender Aneignungskonflikte um Räume und Ressourcen.

Im Folgenden soll die Forschungsperspektive *from below* (Bareis/Cremer-Schäfer 2013) helfen, das Beispiel hin zur Frage der Rolle der Sozialen Arbeit im Kontext sozialer Ausschließung zu betrachten. So wird es möglich, die Situation des Nachbarschaftsforums als Praxis der Bearbeitung konflikthaft strukturierter Kräfteverhältnisse zu rahmen, in die Soziale Arbeit eingebunden ist und die sie mit hervorbringt. Der Blick auf die Situation als Konfliktkonstellation hilft, in den Blick zu bekommen, »ob, wie und von wem städtische Räume als Ressourcen angeeignet werden

können, um die eigenen Alltage und Reproduktionsweisen zu organisieren« (Killian/Rinn 2020: 401).

11.2.2.1 Streetwork zwischen Indienstnahme und Problematisierungsarbeit

Zunächst wird erläutert, welche Problematisierungen hinsichtlich der Personengruppen, über die gesprochen wird, in der Situation hervorgebracht werden und wie die Akteur_innen aufsuchender Sozialer Arbeit diese Problematisierungen bearbeiten. In diesem intermediär ausgerichteten offenen Format werden Akteur_innen unterschiedlichster Richtungen (Bewohner_innen, Sozialarbeiter_innen, Polizei, Ordnungsamt) in einem moderierten Raum zusammengebracht. Zu Beginn erscheint noch unklar, welche Themen im situierten Diskurs aufgegriffen werden. Die im Vorfeld gesammelten Themen und die den professionellen Akteur_innen bekannten »Dauerthemen« im Stadtteil machen die Präsenz von Ordnungsamt, Polizei und aufsuchender Sozialer Arbeit jedoch plausibel. Im Verlauf der Durchführung haben die Bewohner_innen eine Reihe von Problematisierungen über Jugendliche und marginalisierte Personen hervorgebracht. Sie legitimieren ausschließende Zugriffe, die sie von Ordnungsamt und Polizei einfordern. Die Verhaltensweisen der problematisierten Gruppen, so die Bewohner_innen, beeinträchtigen die subjektiv empfundenen Raumnutzungsmöglichkeiten. So kommt es, dass im Raum »Ordnung« gesellschaftlich bereits marginalisierte Personen als ordnungspolitisch behandlungsbedürftig gerahmt werden und deren Verdrängung aus dem öffentlichen Raum gefordert wird. Die Personen, über die gesprochen wird, sind dabei nicht anwesend. Das Format bewirkt, dass die Bewohner_innen in der Rolle als Beschwerdeführer_innen zusammenkommen, die sich in ihren ordnungspolitischen Rufen gegenseitig bestärken.

Die aufsuchende Soziale Arbeit im Stadtteil, insbesondere die durch die Streetworkerin repräsentierte Praxis mit Erwachsenen, wird mit zunehmender Dauer der Auseinandersetzung immer präsenter in der Situation. Die Streetworkerin nutzt die Situation, um das entstandene Kräfteverhältnis im Raum, das zugleich das Verhältnis zwischen der dominanten Mehrheitsgesellschaft und den subalternen Marginalisierten widerspiegelt, mitzugestalten. Nach anfänglichem Schweigen, als die Bewohner_innen ihre Beschwerden artikulieren, interveniert die Streetworkerin schließlich, als vonseiten des Ordnungsamtes der Vorschlag kommt gemeinsam nachzudenken, wie der Ort für die problematisierten Gruppen unattraktiver gestaltet werden könne. Der Vorschlag zu dieser Maßnahme der Verdrängung von Gruppen aus dem öffentlichen Raum wird von der Streetworkerin klar zurückgewiesen und als ordnungsbehördliche Behandlung abgelehnt. Vielmehr rahmt sie die Präsenz der »Trinkergruppe« auf dem öffentlichen Platz als wichtigen Teil deren Alltags, auf den sie ein Recht hätten. Dabei markiert sie den öffentlichen Raum als Allgemeingut. Entstehende Aneignungs- und Nutzungskonflikte beantwortet sie parteilich im Sinne der Adressat_innen der aufsuchenden Arbeit. Hier kommt jene

Strategie der Problematisierungsarbeit aufsuchender Sozialer Arbeit zum Tragen, die Killian und Rinn (2020) als »Problematisierungsumkehr« (ebd.: 409) bezeichnen. Diese Strategie der Konfliktbearbeitung entproblematisiert und entskandalisiert (ebd.: 414) die ursprüngliche Problematisierung und macht die Beschwerdeführer_innen zu Zielen der Bearbeitung. So wüssten die Bewohner_innen zu wenig über den rechtlichen Rahmen und die schwierigen Schicksale der problematisierten »Trinkergruppe«. Auch der Polizist führt verstehensorientierte Praktiken auf, indem er auf die biografischen Brüche der Personen hinweist und Alkoholkonsum und das Beisammensein an den Treffpunkten als Praktiken der Bewältigung von Alltag und der Reproduktion markiert. Neben Praktiken der Problematisierungsumkehr übernimmt die Streetworkerin teilweise jedoch die externen Problembeschreibungen, was ebenfalls als Strategie der Problematisierungsarbeit gewertet werden kann (ebd.: 414). Dies mag sogar dem fachlichen Ansatz ihrer aufsuchenden Praxis widersprechen. Es ist hier eher als Form situativen diskursiven Entgegenkommens gegenüber den Bewohner_innen in diesem konflikthaft strukturierten Raum zu werten. So gesteht sie im Austausch mit den Bewohner_innen zwar indirekt zu, dass die Rauman eignung der »Trinkergruppe« Probleme mache; gleichzeitig schließt sie sich der möglichen Problemlösung, die in der Verdrängung der Gruppe gesehen wird, nicht an. Durch ihre Erzählungen betont sie vielmehr die Interessen ihrer Adressat_innen, die im umkämpften öffentlichen Raum aufgrund deren gesellschaftlich marginalisierter Position gestärkt werden müssten. Insofern greift hier außerdem die Strategie der »Setzung eigener Problemdefinitionen« (ebd.: 414) als Arbeit an der Problematisierung, indem sie nach den Bedürfnissen und Ressourcenbedarfen der Adressat_innen fragt und gleichsam die Stigmatisierung und den fehlenden Dialog mit der direkten Nachbarschaft kritisiert.

Die Streetworkerin führt Praktiken des Widerstands und der Umdeutung auf, um den moralisierenden und kriminalisierenden Zugriffen gegenüber ihren Adressat_innen zu begegnen und damit stellvertretend für diese zu wirken. Ihre Einwirkungen in den situierten Diskurs sind insofern wirksam, als dass ein *turn* stattfindet, der sich weg von der Problemzuschreibung und möglichen ordnungspolitischen Maßnahmen unter Beteiligung der Ordnungsbehörden hin zu eher dialogischen Interventionen entwickelt. An einer Stelle äußert sie deutliche Kritik an der Situation, dass hier über Personen gesprochen werde, die nicht anwesend seien. Dies kann auch als Kritik am Format der Veranstaltung gewertet werden und es ist anzunehmen, dass sie der Vermutung, die »Trinkergruppe« würde sich trotz emphatisch betonter Offenheit nicht zur Veranstaltung eingeladen fühlen, zustimmen würde (nicht zuletzt zitiert sie aus ihrer Erfahrung, dass marginalisierte Personen sich ausgegrenzt fühlen). Sie zeigt sich offen, gemeinsam mit Bewohner_innen die Orte im Stadtteil aufzusuchen und mittels ihrer intermediären Brückenfunktion einen Austausch zu ermöglichen. Das fachliche Verständnis der GWA, das sie hervorbringt, ist zwischen kritischen und affirmativ-integrativen

Annahmen anzusiedeln. Das Vorhaben wird durch die professionell Anwesenden, insbesondere durch den Moderator und den Beschäftigten der Hochschule, bekräftigt. Die Idee, die hinsichtlich der Zielrichtung (zwischen normierendem Eingriff gegenüber der »Trinkergruppe« und sozialarbeiterischer Intervention gegen Anonymität im Stadtteil) changiert, wird als erfolgreiches Ergebnis präsentiert und dokumentiert. Die Streetworkerin, die ihre fachliche Haltung der Parteilichkeit immer wieder aufführt, könnte hier auch strategisch handeln: Indem sie in der Situation einen Handlungsansatz zwischen affirmativ-integrativem Handeln »für ein gutes Miteinander« und kritisch-parteilichem Handeln, das sich an den Adressat_innen orientiert, anbietet und sich gleichzeitig explizit von einer dahingehenden Zusammenarbeit mit Ordnungsamt und Verwaltung distanziert, entzieht sie der Situation die Möglichkeit, dass nicht vielleicht doch noch eine dezidiert ordnungspolitische Intervention entworfen wird. Das Signal der Streetworkerin an die Bewohner_innen, sie mit ihrer Kritik an öffentlichem Alkoholkonsum, Urinieren und den subjektiven Unsicherheitsgefühlen ernst zu nehmen und einen nachbarschaftlichen Diskursraum zu antizipieren, in dem ein besseres Zusammenleben entworfen werden kann, deutet eine Strategie der »Übernahme externer Problembeschreibungen gegenüber den Adressat*innen« (ebd.: 414) an. Jedoch kann das Projekt vor dem Hintergrund der Situation und den Bedingungen ihrer Hervorbringung auch als Abwehr ordnungspolitischer Interventionen gelesen werden.

Wie in den Beschreibungen über das Folgetreffen zu lesen war, entwickelte sich das Projekt ohne Beteiligung der Bewohner_innen weiter. Es kann vermutet werden, dass die Bemühungen gänzlich eingestellt wurden. Klarwerden dürfte, dass die konfliktvolle Auseinandersetzung ohne das Beisein der Akteur_innen aus der aufsuchenden Sozialen Arbeit hätte anders verlaufen können. Deren Interventionen haben zu einer Entschärfung der Forderung nach intensiveren Bemühungen um die Herstellung von mehr Ordnung im öffentlichen Raum beigetragen. Diese Position, hier aufgeführt durch Bewohner_innen, Ordnungsamt und Polizei (auch wenn diese bisweilen eher vermittelnd wirkte), existiert zuallererst außerhalb der Situation veranstalteter Partizipation. Aus Sicht einer am Wirken gegen Marginalisierung, Stigmatisierung und soziale Ausschließung interessierten Sozialen Arbeit müssen Fragen gestellt werden, wie und wozu eine Praxis veranstaltet wird, die die Reproduktion der Mechanismen sozialer Ausschließung im Rahmen der Formate befördert.

11.2.2.2 Ortsbezogenes Handeln Sozialer Arbeit als Potenzial für Ausschließung

Die Perspektive *from below* kann weitere Betrachtungen der Situation befruchten. Die Situation ermöglicht die Hervorbringung von Teilnehmenden als Beschwerdeführer_innen. Während in anderen Formaten der Gegenstand der Beschwerde ei-

ne fehlende politische Regulierung oder eine fehlende Infrastruktur ist, sind es hier marginalisierte Gruppen, gegenüber deren Lebensweise Beschwerde erhoben wird. Die Ausrichtung des Themenraums Ordnung birgt über die Verhandlung darüber, wer den öffentlichen Raum wie nutzen darf, das Potenzial der Wiederholung gesellschaftlicher Ausschluss in diesem exklusiven Setting. Die Anwesenden im Themenraum bringen ihre eigene Perspektive auf die im Stadtteil bekannten konflikthäre Nutzung des öffentlichen Raums mit. Damit gemeint sind problematisierende und zum Teil abwertende Äußerungen zu den lauten Gruppen abends und in der Nacht sowie zu der »Trinkergruppe« tagsüber. Neben der subjektiven Beeinträchtigung der eigenen Lebensqualität durch (nächtlichen) Lärm werden hier negative Wirkungen auf einerseits Kinder, andererseits das Image des Stadtteils vermutet. Beide möglichen Wirkungen werden argumentativ gegen die Gruppen benutzt, von denen jeweils niemand anwesend ist. Darüber hinaus gibt es ordnungspolitische Problemlösungsinteressen, wie etwa, die Jugendgruppen räumlich an einen anderen Ort umzusetzen. Die Perspektive *from below*, die ansetzt, die Praktiken der problematisierten Gruppen als Praktiken ihrer Reproduktion im Gefüge einer abschließend strukturierten Gesellschaft zu fassen – und so auch ermöglicht, die Eigensinnigkeiten der Reproduktion als Praktiken des sozialen Beisammenseins, der nachbarschaftlichen Hilfe, der Entspannung etc. zu erkennen – ist hier ein bewusster kritischer Gegenimpuls gegenüber dominanten Problematisierungen.

Im Zwang, ein Ergebnis zu produzieren, setzt in der Situation eine Suchbewegung ein, was die Bewohner_innen im Rahmen von nachbarschaftlichem Engagement und in Zusammenarbeit mit professionellen Akteur_innen in Angriff nehmen könnten. Der Erkenntnis, geäußert von der Vertreterin aufsuchender Sozialer Arbeit, dass hier über Menschen gesprochen werde, die selbst nicht anwesend sind, folgt die leitende Prämisse des dialogischen Vorgehens im Rahmen projektformiger, zukünftiger Praxis. Die nächtlichen Gruppen bieten hier keine »pragmatischen« Handlungsoptionen, denn weder die anwesenden Bewohner_innen noch die professionellen Akteur_innen würden wohl im privaten oder beruflichen Rahmen spätabendlichen oder nächtlichen Kontaktaufnahmen gegenüber offen sein. Die »Trinkergruppe« bietet sich eher an, weil so ein Treffen tagsüber möglich scheint. Obwohl sich die Problematisierungen eher bezüglich der nächtlich aktiven Gruppen zuspitzen, wird die »Trinkergruppe« zum Objekt der situierten Suchbewegung, etwas oder jemanden zu finden, mit dem man sich im Rahmen initiiertter Engagementprozesse beschäftigen kann. Es bietet sich an, hier ein Engagementformat zu entwerfen, dass für die professionellen Akteur_innen relativ einfach zu organisieren ist. Die zeitliche und materielle Begrenztheit der Situation, verbunden mit dem sozialarbeiterischen Ziel, Engagement im Stadtteil zu initiieren und aktiv zu unterstützen, dürfte mit der Hervorbringung der Idee unmittelbar verbunden sein. Und dies trotz des Einwandes der Beschwerdeführerin aus der Bewohner_innenschaft, dass sie gegen die »Trinkergruppe« eigentlich gar

nichts habe. Neben der Gelegenheit, den Engagement- und Partizipationsauftrag durch das Insistieren auf der Projektidee situativ scheinbar zu erfüllen, findet hier jedoch nicht nur eine Ausblendung des Einwands der Bewohnerin statt, sondern auch der Komplexität gesellschaftlicher Bedingtheit der Situation. Eine sanfte Intervention im öffentlichen Raum in Form der AG Kooperation dürfte auch im Sinne anderer, in der Situation vorfindlicher Akteur_innen sein (Polizei, Ordnungsamt, ggf. Wohnungswirtschaft, Quartiersmanagement). Die Verheißung ›gelungener‹ partizipativer Arbeit im Stadtteil, die sich durch die AG-Gründung zumindest diskursiv herstellen lässt, knüpft dabei an Teile des Partizipationsdiskurses Sozialer Arbeit, an ordnungspolitische Diskurse über kommunale Prävention und Sicherheit sowie an affirmativ-integrative Ansätze von GWA und auch – wie im Folgenden aufgezeigt wird – an Ansätze aufsuchender Sozialer Arbeit an, die als ortsorientiert bezeichnet werden können.

In Ansätzen einer für den Raum sensibilisierten aufsuchenden Sozialen Arbeit kann unterschieden werden zwischen parteilichen/kategorialen und ortsorientierten Ansätzen (Dirks et al. 2016; Killian/Rinn 2020), um die Richtung der Praxis zu markieren. Während die parteilichen Ansätze danach fragen, welche Probleme ein_e Adressat_in hat, fragen die ortsbezogenen Ansätze eher danach, welche Probleme er/sie im öffentlichen Raum macht (Dirks/Kessl/Schulz 2016: 128). Aufsuchende Soziale Arbeit im Modus der Ortsorientierung zielt demnach ab auf die Sicherheit und Attraktivität eines Raums – eines Marktplatzes, einer Fußgängerzone, eines Bahnhofsvorplatz etc. – die bei gleichzeitiger Ausblendung der konflikthaften Prozesse sozialer Ausschließung benachteiligter Bewohner_innengruppen antizipiert werden. Dieser analytischen Unterscheidung zwischen parteilichen/kategorialen und ortsorientierten Ansätzen ist eine Kritik an neoliberaler Stadtentwicklung inhärent. Mit dem Ziel, den öffentlichen Raum attraktiver und sicherer zu machen und damit sein Image zu verbessern, gehen, so die Kritik, machbezogene Praktiken der Hervorbringung hegemonialer Bewertungen über gutes und schlechtes Verhalten in eins. Diese sind an sozialer Ausschließung in Form des Sprechens über, der Einwirkung auf und Verdrängung von marginalisierten Gruppen beteiligt. Adaptiert auf den beschriebenen Fall im Themenraum Ordnung kann so folgendes sichtbar werden: Der Fokus auf den Stadtteil und dessen Gedeihen begünstigt einen situierten Diskurs, in dem normative Fragen über gutes und schlechtes Verhalten als berechtigte Thematisierung einer Stadtgesellschaft gerahmt werden. Obwohl der Moderator dazu nicht explizit aufruft, wird der Raum für Praktiken der Verobjektivierung von nicht-anwesenden Personen genutzt. Das offene Format begünstigt ortsbezogene Problematisierungen, die die Kämpfe um die Nutzung des öffentlichen Raums eben nicht als konflikthafte Verhältnis rahmen, sondern Lärm und Alkoholkonsum als ein soziales Problem des Stadtteils immer wieder betonen, damit die Problematisierung reproduzieren und die betreffenden Gruppen entsprechend markieren. Beinahe sämtliche Akteur_in-

nen übernehmen mehr oder weniger grundsätzlich Problematisierungen über das Verhalten der »Trinkergruppe«. Dies wird vom Moderator dann unter Ausblendung der sozialen Ausschließung der problematisierten Nicht-Anwesenden wiederum aufgenommen und damit nicht neutral bzw. allparteilich verhandelt. Er bringt vielmehr kontrollierende ordnungsbezogene Aufgaben (die Bewohner_innen sollten enger mit der Polizei zusammenarbeiten) als im Rahmen der Veranstaltung gewolltes Engagement ins Spiel. Der Vertreterin ortsbezogener Sozialer Arbeit fällt die soziale Ausschließung (über eine nicht-anwesende Gruppe zu sprechen) situativ auf. Schlussendlich begünstigt das Format (in seiner methodischen Ausrichtung, seiner Benennung der Themenräume, der gezielten Einladung professioneller Schlüsselakteur_innen) diese Praktiken jedoch.

Es erscheint aus der Perspektive einer alltagsakteur_innenorientierten Sozialen Arbeit wesentlich, die Potenziale für soziale Ausschließung in den Ansätzen sozial-räumlicher Partizipation zu antizipieren, zu thematisieren, zu kritisieren und zu bearbeiten. Die Fachlichkeit sozialraumbezogener Partizipationspraxis sollte daher mit einer vermehrt kritischen Reflexivität gegenüber ausschließenden Diskursen über marginalisierte Personen und Gruppen einhergehen. Im Falle forenartiger Formate bleibt die Möglichkeit, die Problemzuschreibungen zu dechiffrieren und umzudeuten/umzukehren. Eine so sensibilisierte Praxis ist sich den Machtbeziehungen und der Wirkung von allparteilicher, ortsbezogener Partizipationsarbeit in asymmetrischen Räumen bewusst. Ohne eine entsprechende Sensibilisierung muss davon ausgegangen werden, dass die Soziale Arbeit in den Nachbarschaftszentren, Stadtteilhäusern etc. nicht-intendiert, aber aktiv an der Hervorbringung und Festigung einer ausschließenden Raumordnungspolitik beteiligt ist, die zudem den fachlichen Zielen einer an den Alltagsakteur_innen orientierten Sozialen Arbeit deutlich widersprechen dürfte.

11.2.2.3 Engagement in Passung zu institutionellen Routinen

Die Praktiken der Initiierung von Engagement und der Motivationsarbeit, die der Moderator und die Akteur_innen der Sozialen Arbeit im Stadtteil aufführen, sprechen eine spezifische Sprache. Engagement wird hier gerahmt als Bildung einer Arbeitsgemeinschaft. Das Konstrukt der Arbeitsgemeinschaft beinhaltet wiederum eine Abfolge von Praktiken – einer Einladung zu einem Treffen zu folgen, zu besprechen, wie die Kontaktaufnahme zur »Trinkergruppe« erfolgt, dann die Verabredung für einen spezifischen Zeitpunkt, an dem man sich zu dieser Gruppe bewegt und Kommunikation mit dieser stattfindet sowie daraus folgend eventuelle nachgängige Verabredungen und die Berichterstattung und Dokumentation in einer geeigneten Form. Diese spezifische Formatierung des Engagements geht in Passung zu den institutionellen Routinen der professionellen Akteur_innen im Stadtteil, denn Praxis dieser Art ist den Akteur_innen aus der beruflichen Tätigkeit in Projekten und Netzwerken nicht unbekannt. Somit handelt es sich um ein sozialarbeiterisches An-

gebot, das einer routinisierten Logik folgt, in welche die anwesenden Bewohner_innen eingebunden werden sollen.

Wenn ein Moment beiseitegeschoben wird, dass das antizipierte Engagement in der Kooperations-AG selbst auf problematische Weise Prozesse sozialer Ausschließung marginalisierter Gruppen reproduziert, wird mit Fokus auf den Modus des Engagements klar, dass die professionellen Routinen die Bildung von Engagement hochgradig beeinflussen. So wird den Nicht-Professionellen nicht selbst überlassen, in welcher Form sie sich zukünftig in die Gestaltung des Stadtteils einbringen. In der Situation werden vielmehr Praktiken der Hervorbringung einer spezifischen Form von Engagement wirksam, im Rahmen derer das Format gesetzt wird, um sicherzustellen, dass die professionellen Routinen bei der Unterstützung des Engagements greifen. In Erweiterung zu Munschs Forschung zu Engagement und Ausgrenzung (2003; 2005; 2011), in denen sie herausarbeitet, dass sich hinter einer an Effektivität orientierten Arbeitsweise ein dominanzkulturelles Akzeptanzproblem gegenüber Artikulationspraxen verbirgt, die sich nicht als mittelschichtorientiert lesen lassen, verschiebt die vorliegende Arbeit den Fokus auf die Betonung des institutionell Bewährten als Modus des Engagements: Wenn Akteur_innen der Sozialen Arbeit das Engagement der Bewohner_innen unterstützen wollen/sollen, müssen entsprechende Praktiken in Passung zu den eigenen professionell-institutionellen Routinen gehen. In diesem Modus gelingt es nicht, alternative Engagementvorstellungen jenseits der Begrenzung durch professionelle Akteur_innen zu entwerfen. Der Engagementförderpraxis der Sozialen Arbeit (unterstützen, befähigen, begleiten, vernetzen) sind demnach Praktiken der Differenzierung zwischen machbarem und nicht-praktikablem Engagement inhärent. Diese Unterscheidungspraxis bzw. die Orientierung hin auf die Frage des praktikablen *Wie* (unter Berücksichtigung der fachlichen, personellen, zeitlichen und finanziellen Rahmenbedingungen der Arbeit), vernachlässigt hingegen tendenziell die Zielrichtung, also die Frage des *Was* und des *Wozu*. Diese Dynamik wird in den Situationen veranstalteter Partizipation noch dadurch verschärft, dass unter Zeitdruck Ergebnisse produziert werden müssen.

Der Modus sozialarbeiterischer Praktikabilität der Engagementförderpraxis zeigt sich nicht zuletzt am Ausspruch eines Bewohners auf dem Nachfolgetreffen, der sagte »es ist schon gut, dass Professionelle das machen, ich würde sonst da eher was kaputt machen« (Beobachtungsprotokoll »Follow Up«: Z. 122f.). Was auf dem Nachfolgetreffen sagbar wurde, nämlich, dass die Kooperations-AG im Grunde keine geeignete Engagementpraxis für die Bewohner_innen ist, war in der Situation im Themenraum »Ordnung« nicht möglich. Denn dort ging es eher darum, die zur Artikulation ihrer Probleme und Wünsche aufgerufenen Bewohner_innen mit deren Themen abzuholen und daraus etwas erwachsen zu lassen – im besten Falle mittels eines Projektes, das die Bewohner_innen selbst in eine aktive Rolle bringt. Normativ erwünschte und fachlich antizipierte Engagement- und Partizipations-

praxis gibt es hier nicht ohne professionelle Interventionen. Und dieser Einfluss ist so stark, dass selbst die vereinzelte Skepsis, ob das entworfene Engagement wirklich so treffend durch die Bewohner_innen ausgeführt werden kann, in der Situation selbst nicht artikuliert wird. Wie im Abschnitt gezeigt werden konnte, lassen sich die Ordnungsprinzipien, nach denen das Maß der Unordnung im Raum (die Problemartikulationen der Bewohner_innen, die erfasst, umschrieben und gewichtet wurden) sowie die Suche nach zukünftiger Engagementpraxis bearbeitet wurden, maßgeblich als durch die professionellen Akteur_innen bestimmte rekonstruieren.

11.3 Mitspielen und Kaputtgespielt-Werden

11.3.1 Zur Situation – aus den Gesprächsnotizen⁵

Im nächsten Beispiel werden Erzählungen und Reflexionen eines Mitarbeitenden eines öffentlich geförderten Nachbarschaftszentrums aufgegriffen, der sich selbst als Gemeinwesenarbeiter bezeichnet. Sein Arbeitsort bildet einen zentralen Ankerpunkt im Stadtteil. Hier sind es weniger die beobachteten Praktiken als die Inhalte des ero-epischen Gesprächs (Girtler 2009) mit dem Akteur, die im Fokus der Analyse stehen. Der Stadtteil einer ostdeutschen Großstadt ist eine in den 1980er Jahren erbaute Großwohnsiedlung in Plattenbauweise. Mitte der 2000er Jahre ist er in die Förderkulisse der »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt« aufgenommen worden und erhält Fördergelder aus dem nachfolgenden Bund/Länder-Programm »Sozialer Zusammenhalt«. Der sog. soziale Brennpunkt zeichnet sich neben sozialstrukturellen Problemlagen auch durch eine hohe Dichte an sozialer Infrastruktur aus. Es gibt diverse soziale Träger und Projekte, die das soziale und nachbarschaftliche Zusammenleben und die gesellschaftliche und politische Teilhabe der Alltagsakteur_innen unterstützen sollen.

Im Zuge der Städtebauförderung wird aktuell ein Integriertes Entwicklungskonzept für den Stadtteil erarbeitet. Im Unterschied zum im Abschnitt 11.1 »Nicht Mitspielen« diskutierten Beispiel ist der Gemeinwesenarbeiter jedoch nicht nur als potenzieller Raumöffner in den Stadtteil angesprochen, sondern ist als professioneller Akteur in den Erarbeitungsprozess des Konzeptes selbst eingebunden. Grundlage des Integrierten Entwicklungskonzeptes ist ein Zielbild für den Stadtteil, das unter Beteiligung von Akteur_innen aus Wohnungswirtschaft, Stadtplanung, Quartiersmanagement und den sozialen Einrichtungen im Stadtteil in einem mehrschrittigen Prozess entwickelt wurde. Es sieht für die kommenden

5 Aspekte dieses Abschnitts wurden in Pigorsch (2021b; 2022a) veröffentlicht.

zehn Jahre einen großen Weiterentwicklungs- und Anpassungsbedarf, etwa hinsichtlich einer stärkeren sozialen Durchmischung des Stadtteils, besserer Wohn- und Arbeitsbedingungen oder der Entwicklung und Anpassung der städtebaulichen und sozialen Infrastruktur. Das Integrierte Entwicklungskonzept erfordert unter anderem die kontinuierliche Zusammenarbeit der verschiedenen Akteur_innen, eine Vernetzung in die Gesamtstadt, die Berücksichtigung klimarelevanter Faktoren, die Verbesserung des schlechten Images des Stadtteils oder die Identifikation der Bewohner_innen. Ein Masterplan soll die Ziele und Bedarfe bündeln.

Das Konzept, wie der Stadtteil in zehn Jahren aussehen soll, soll nun auch mit den Bewohner_innen thematisiert werden. Der Beteiligungsprozess sieht Veranstaltungen an zentralen Orten im Stadtteil vor. Ziel ist es, den Masterplan unter Beteiligung der Bewohner_innen zu erstellen. Der Gemeinwesenarbeiter reflektiert über den bisherigen Prozess. Diese Reflexionen werden im Folgenden nicht im Rahmen eines Beobachtungsprotokolls beschrieben, sondern als zusammenfassende Beschreibung aus den ero-epischen Gesprächen wiedergegeben. Bis dato war er an mehreren Stellen in den Erarbeitungsprozess des Integrierten Entwicklungskonzeptes eingebunden. Es fanden vier Konferenzen im Stadtteil statt, im Rahmen derer die professionellen Akteur_innen aus dem Stadtteil eine gemeinsame, von den Institutionen vor Ort getragene Strategie für den Stadtteil entwickeln sollten. Ziel des Prozesses ist die Übersetzung der strategischen Ziele in kleinteilige und kooperativ zu lösende Einzelmaßnahmen und Projekte. Die Konferenzen seien materiell gut ausgestattet gewesen – ein modernes Corporate Design, sogar mit Merchandising-Artikeln für die Beteiligten, eine professionelle Kommunikationsagentur im Hintergrund, Dokumentationen mit graphic recordings etc.

Der positive Duktus der Visionen für den Stadtteil, der auch in zahlreichen Dokumenten bunt bebildert festgehalten ist, überträgt sich allerdings nicht auf ihn. Als Gemeinwesenarbeiter, der um die Probleme der Alltagsakteur_innen im Stadtteil weiß, liegt ihm wenig an der bunten Darstellung, sondern er ist interessiert an einer authentischen und aufrichtigen Art des Umgangs mit den Alltagsakteur_innen. Diese seien durch eine Vielzahl solcher Aktionen bereits voreingenommen gegenüber bestimmten Partizipationsansätzen. Er erzählt, dass er und einige Kolleg_innen angenervt seien vom Prozess der Integrierten Entwicklungsplanung, der seit nunmehr zwei Jahren im Stadtteil laufe. Seine Motivation für diese Art der Praxis sei sehr begrenzt. Es ärgert ihn, dass so viele Ressourcen dafür gebunden würden, es in seinen Augen aber für die Leute im Stadtteil nicht wirklich etwas bringe. Im Gegenteil würden kleine Entwicklungen nicht gesehen werden.

Trotz des mehrschrittigen Prozesses der Einbindung der professionellen Akteur_innen empfindet er seine Einbeziehung als punktuell. Manchmal wisse er vor lauter Komplexität nicht mehr, was nun genau als nächstes anstehe. Man müsse sich schon einige Zeit in die Materie vertiefen, um wirklich durchzublicken. An den Weichenstellungen sei nichts zu ändern. Er empfindet sich als »Rädchen im

Getriebe« (In-vivo). Er sei auch nicht der Einzige, der den Prozess der Erarbeitung des Integrierten Entwicklungskonzeptes kritisch betrachte. Seiner Einschätzung nach seien dies eher Akteur_innen aus sozialen Trägern. Die Stakeholder_innen-Beteiligung hätte neue Netzwerkstrukturen im Stadtteil etabliert. Die ursprünglichen Netzwerke, in denen sich zuvorderst Akteur_innen des Sozialen im Stadtteil zusammenfanden, seien damit geschwächt worden. Langsam jedoch entwickle sich ein kritisches Gegengewicht im Prozess. Er meint, sie würden nun mehr Zeit in die kritische Vorbereitung zu den Terminen stecken und sich mit anderen sozialen Akteur_innen gezielt absprechen. Die nun anstehenden Veranstaltungen für die Bewohner_innen des Stadtteils sieht er ebenfalls skeptisch. Es gebe einige Erfahrungen mit ähnlichen Formaten im Stadtteil. Es kämen generell wenige Bewohner_innen. Wenn sich die Bewohner_innen äußerten, dann wäre es unklar, was mit diesen Informationen passiere. Die Leute gingen frustriert aus diesen Veranstaltungen heraus.

11.3.2 Analyse/Diskussion

Das Beispiel zeigt, dass der Gemeinwesenarbeiter dem komplexen Top-down-Prozess kritisch gegenübersteht. Er übt sowohl Kritik an der Form als auch am Inhalt sowie an den Rollen, die ihm vonseiten der Planung zugewiesen werden. Seine Erzählung verweist auf unklare Rollendefinitionen und Einflussmöglichkeiten für sozialarbeiterische Akteur_innen in den multiprofessionellen Kontexten Integrierter Planungsstrategien sowie einer beschränkten Gebrauchswerthaltigkeit des Prozesses für die Alltagsakteur_innen. Trotzdem »spielt« er mit und meint, sich der Praxis nicht entziehen zu können. Somit ergeben sich praktische Dilemmata für ihn, die situativ nicht aufzulösen sind: denn einerseits übt er Kritik am Top-down-Prozess, andererseits ist er in die institutionell gerahmten sozialräumlichen Strukturen eingebunden, die mit einer Erwartung, sich zu beteiligen, einhergehen. In der Konsequenz entzieht sich der Gemeinwesenarbeiter im Kleinen und punktuell. Öffentlich artikulierte Kritik kommt für ihn wenn, dann nur als gemeinsame Aktion des Trägers oder der Netzwerke Sozialer Arbeit im Stadtteil in Frage. Die finanzielle Abhängigkeit des Trägers von öffentlicher Förderung und die möglichen negativen Effekte des sich der Praxis veranstalteter Partizipation entziehenden Stakeholders im sozialräumlichen Netzwerk schränken die Möglichkeiten ein, einfach nicht »mitzuspielen«. Diese Beobachtung ist auch im Rahmen von Gesprächen mit weiteren Akteur_innen der GWA reflektiert worden, mit denen ich ins Gespräch gekommen bin. So bestätigte eine Akteurin, dass es bei ihr im Träger ähnlich sei: Sie wollte sich mit Kritik am Verfahren eines sozialräumlichen Partizipationsprozesses an die Presse wenden, dies sei ihr jedoch vom Träger mit Verweis auf die Abhängigkeit von der kommunalen Finanzierung untersagt worden.

Gleichsam fällt dem Gemeinwesenarbeiter die klare und mit Argumenten hinterlegte Artikulation von Kritik schwer. Kritik am Verfahren würde nur unter spezifischen Bedingungen verstanden werden. In der öffentlichen Sphäre von politischer und Verwaltungskommunikation kommt es darauf an, argumentativ-rational zu erklären (siehe dazu Abschnitt 2.2 »Politik und Partizipation«), warum etwa ein Beteiligungsprozess zur Integrierten Stadtteilentwicklungsplanung aus Sicht der Sozialen Arbeit im Stadtteil nicht gelingend verläuft. Dies jedoch würde voraussetzen, dass sich der Gemeinwesenarbeiter, im besten Falle gemeinsam mit anderen Akteur_innen der Sozialen Arbeit, auf Grundlage einer reflexiven und sozialarbeiterisch konnotierten Annäherung an den Topos der Kritik klar zu Wort meldet. Absagen an Einladungen mit dem Verweis, dass ein Prozess nichts bringe, trügen hingegen nicht dazu bei, von Akteur_innen aus Planung und Verwaltung ernst genommen zu werden. Vielmehr wird Sozialarbeitenden, die sich Situationen veranstalteter Partizipation entziehen, bisweilen unterstellt, sie seien »miesepetrig« (In-vivo). Planung und Verwaltung mit der je spezifischen Rationalität und Einbindung in institutionelle Routinen verstehen nicht, was an deren Praxis abzulehnen ist, denn in deren Logik arbeiten sie ja an gemeinwohlorientierten Lösungen und der Realisierung von gebotener Partizipation. Für sie mag es unverständlich sein, sich nicht gemeinsam für den Stadtteil zu engagieren: »Wer ist schon gegen Partizipation.« (Ahrens/Wimmer 2014: 183)

11.4 Zu den unterschiedlichen Partizipationsverständnissen von Planung und kritischer GWA⁶

Die (Nicht-)Nutzung von Situationen veranstalteter Partizipation kann als alltagsorientierte Kritik an der sozialräumlichen Partizipationspraxis dechiffriert werden. Hierfür bedürfte es jedoch einer vermehrten fachlichen Reflexion auf Basis gemeinsamer Dechiffrierungsarbeit. Um sich dieser analytisch zu nähern, soll im Folgenden ein Blick auf die unterschiedlichen Partizipationsverständnisse gelenkt werden. Im Laufe meiner teilnehmenden Beobachtungen und Gespräche mit Akteur_innen aus der GWA wurde immer wieder ein eigenes eher den professionellen Annahmen der GWA entsprechendes Verständnis von Partizipation thematisch. Dieses geht in Differenz zum Partizipationsverständnis von Planung und Verwaltung. So kann vermutet werden, dass sozialarbeiterische »Miesepetrigkeit« aus dem Umgang mit dieser Differenz resultiert. Häufig wird Kritik weniger explizit-argumentativ gegenüber Akteur_innen aus Planung und Verwaltung geäußert, sondern transportiert sich eher implizit. Es geht im Folgenden darum, die »Miesepetrigkeit« als Praxis der Kritik umzuformulieren, deren Wortlosigkeit

6 Aspekte dieses Abschnitts wurden in Pigorsch (2021b; 2022a) veröffentlicht.

Ausdruck einer noch zu führenden Auseinandersetzung (zunächst) innerhalb der Sozialen Arbeit ist, worin die Unterschiede zwischen den unterschiedlichen Partizipationsverständnissen liegen, um daraufhin das professionelle Wissen über die ausschließenden Effekte hegemonialer Partizipationsverständnisse umso deutlicher in den interdisziplinären und multiprofessionellen Austausch einzuspeisen. So können die fachlichen Perspektiven der GWA sich selbstbewusster platzieren.

Dass der Partizipationsbegriff Unschärfen aufweist und entlang professioneller, disziplinärer und alltagsweltlicher Standorte unterschiedlich gefasst wird, konnte im Rahmen dieser Arbeit bereits herausgearbeitet werden. Auch konnte gezeigt werden, wie eng das Partizipationsverständnis der jeweiligen Akteur_innen an die institutionellen Bedingungen ihrer Hervorbringung geknüpft ist. Diese Sensibilisierung für einerseits die standortgebundene Heterogenität des Begriffes als auch die Verknüpfung mit institutionalisierter Praxis ist wichtig, um reflektieren zu können, wofür der Begriff situativ jeweils dienlich ist. Im Folgenden soll im Ansinnen einer problemorientierten Verdichtung eine sich aus disziplinären und praxisrekonstruktiven Bezügen speisende Gegenüberstellung der Partizipationsverständnisse aus Planung/Verwaltung einerseits und kritischer GWA andererseits erfolgen. Die notgedrungene Verkürzung dient hier nicht einer abschließenden Bewertung, sondern der Fokussierung auf ein letztlich für die Soziale Arbeit drängendes Problem der alltagsakteur_innenorientierten Ausrichtung der Praxis in einer von Ausschließung geprägten Gesellschaft.

Im Diskurs koproduktiven Planungshandelns (exemplarisch Siebel 2010, siehe dazu auch den Abschnitt 2.3 Stadtplanung und Partizipation) wird Partizipation als zentrale Antwort auf die Frage nach dem Umgang mit den veränderten Rahmenbedingungen von Planung und Verwaltung gefasst. Partizipation soll den von den Bürger_innen eingeforderten Spielraum von Mitwirkung und Mitgestaltung absichern. Sie soll zu akzeptierten Planungsergebnissen verhelfen, deren Kosten dadurch effizienter und kostengünstiger ausfallen. Partizipation ist in den städtebaulichen Förderprogrammen wie dem Bund-Länder-Programm »Soziale Stadt« (2009–2019) oder dessen Nachfolger »Sozialer Zusammenhalt« als wesentliches Handlungsfeld paradigmatisch verankert. Kommunen, die Fördergelder akquirieren wollen, müssen partizipative Elemente in Stadtplanung und Stadtentwicklung nachweisen. Diese sind, wie gezeigt werden konnte, häufig verknüpft mit konkreten Veranstaltungsformaten. So hat sich in den letzten zwanzig Jahren eine Vielfalt an veranstalteter Partizipationspraxis entwickelt, im Rahmen derer Kommunen neben den Bewohner_innen auch möglichst alle relevanten Netzwerke und Stakeholder_innen im Stadtteil in deren Bemühungen einbeziehen. Die Legitimation der Planungen ist an das Partizipations-Paradigma gebunden. Dabei stellen Ahrens und Wimmer (2014) fest, dass die Partizipationspraxis auf den ersten Blick den Eindruck mache, als wäre die Macht neu verteilt und aus hierarchischen Verwaltungsstrukturen seien horizontale Netze geworden (Ahrens/Wimmer 2014: 185).

Es konnte gezeigt werden, dass dahinter jedoch weiterhin hegemoniale Interessen der Legitimationsbeschaffung wirksam sind, welche die mit dem Partizipations-Paradigma verbundene Semantik des Begriffes eng an die Top-down-Rationalität koppeln. Dies mündet von anderen Standorten aus betrachtet in einer Bedeutungs-diffusion über Richtung, Prozess und Ziel von Partizipation.

Um Akteur_innen der GWA einen argumentativen Impuls beizufügen, der helfen kann, Worte für das mögliche eigene Unbehagen zu finden, werden im Folgenden vier Dimensionen des Partizipationsverständnisses von Planung und Verwaltung herausgearbeitet, die im Spannungsverhältnis zum Partizipationsverständnis der »miesegetrigen« Akteur_innen der GWA stehen. Die Unterscheidung ist dabei eine zum Zwecke der Orientierung in einem unübersichtlichen Terrain vorgenommene idealtypische Differenzierung. Es wird deutlich, dass das aus den ero-epischen Gesprächen rekonstruierte Partizipationsverständnis der GWA korreliert mit kritischen, parteilichen und konfliktorientierten GWA-Positionen, etwa von Bitzan (2013), Oelschlägel (2016), May (2017) oder Bitzan und Stövesand (2022). Da es im Diskurs der GWA eine Vielfalt an Positionen gibt, die sich nicht alle unter einer kritischen Perspektive subsumieren lassen, wird der professionelle Standort der GWA, wie sie hier rekonstruiert wird, im Folgenden als kritische GWA eingefangen. Die Partizipationsverständnisse von Planung/Verwaltung einerseits und kritischer GWA andererseits werden im Folgenden verdichtet und gegenübergestellt. So werden die potenziellen Spannungslinien erkenn- und benennbar, aus denen Widersprüche resultieren, die Akteur_innen aus der Praxis Unbehagen bereiten können (siehe Tabelle 4).

Tabelle 4: Spannungsverhältnisse unterschiedlicher Partizipationsverständnisse

Planung/Verwaltung	Kritische GWA
formatorientiert – punktuell	alltagsorientiert – beziehungsorientiert
asymmetrisch – konsensorientiert	parteilich – konfliktorientiert
operationalisiert – indirekte Steuerung	Partizipation als Prinzip – emanzipatorisch
an den/die Einzelne gerichtet	orientiert auf Organizing, Empowerment
(Ahrens/Wimmer 2014)	(Rekonstruktion des empirischen Materials)

Quelle: eigene Darstellung unter Bezugnahme auf Ahrens/Wimmer 2014

11.4.1 formatorientiert – punktuell vs. alltagsorientiert – beziehungsorientiert

Partizipation in der Lesart von Planung und Verwaltung meint veranstaltete Partizipation. Das heißt, wir haben es mit einer Praxis zu tun, die Partizipation entlang

methodischer Überlegungen in Formaten prozessiert. Diese »invited spaces« (Ker-ting 2013) der Partizipation gibt es nur dann, wenn konkret eingeladen wird. Damit einher geht die Feststellung, dass Partizipation für Planung und Verwaltung stets eine professionell gestaltete Situation im Sinne einer gezielten, überlegten und spezifischen Gelegenheit bedeutet. Das Partizipationsverständnis zielt damit weniger ab auf die allgemeine Teilhabe an konflikthaft verhandelten gesellschaftlichen Ressourcen als vielmehr auf die (singuläre) Teilnahme an Veranstaltungen – »als wäre Dabeisein schon alles« (Ahrens/Wimmer 2014: 176). Partizipation wird hier verstanden als punktuelle, zeitlich determinierte und außeralltägliche Gelegenheit zur Mitwirkung – und steht damit in Kontrast zur professionellen Auffassung von Akteur_innen der GWA. Auch unabhängig von einem kritischen GWA-Verständnis kann allgemein für die GWA konstatiert werden, dass es hier weniger um punktuelle Gelegenheiten als vielmehr eine prozessuale, auf Dauer angelegte und beziehungsorientierte Arbeit an der Verbesserung von Teilhabe, Ressourcenausstattung und Handlungsfähigkeit der Bewohner_innen innerhalb eines spezifischen Raumes geht (vgl. u.a. Stövesand/Stoik 2013). Demokratisches Kernstück der GWA ist dabei Partizipation (Riede/Dölker 2019). Dieses Verständnis erschöpft sich nicht im von Verwaltung und Planung praktizierten Verständnis. Die Blickrichtung der kritischen GWA, die sich insbesondere an den Handlungsmöglichkeiten und der Ressourcensicherung und -erweiterung der von sozialer Ausschließung betroffenen Alltagsakteur_innen ausrichtet, steht in Spannung zum Top-down-Modus von Planung und Verwaltung, der sich in den methodisch formatierten Situationen materialisiert. Hinter der sozialarbeiterischen »Miesepetrigkeit« (In-vivo) verbirgt sich Widerstand gegen den Zwang zur Einpassung in die Formatvorgaben, die Planung und Verwaltung setzen.

11.4.2 asymmetrisch – konsensorientiert vs. parteilich – konfliktorientiert

Einer der aus Sicht kritischer GWA wichtigsten Unterschiede im Partizipationsverständnis von Planung/Verwaltung und GWA ist der zwischen einem asymmetrisch und einem symmetrisch gebauten Verständnis. Das Partizipationsverständnis von Planung und Verwaltung ist asymmetrisch, denn es benennt keinen Gegenbegriff (Ahrens/Wimmer 2014: 182). Der Begriff ist ausschließlich positiv besetzt und es wird diesem kein Gegenteil an die Seite gestellt, wie z.B. bei der Inklusion die Exklusion. Die Asymmetrie steht in Beziehung zum normativen Verständnis des Begriffes, demnach Partizipation als Wert an sich für die demokratisch verfasste Gesellschaft hervorgehoben wird. Nehmen wir jedoch an, wir stellten dem Begriff der Partizipation das Pendant der sozialen Ausschließung gegenüber (Steinert 2003: 277), müsste erklärt werden, wen man mit Formaten veranstalteter Partizipation nicht erreicht oder sogar aktiv ausschließt. Denn die Begriffe Partizipation, Beteiligung, Mitwirkung sind zuvorderst normativ-programmatische Begriffe, die die

situierte und prozesshafte Praxis sozialer Ausschließung nicht in den Blick nehmen. Und so ist der positiv besetzte Begriff der Partizipation attraktiv, »weil Exklusion [oder hier: Ausschließung, S.P.] in seiner Negativität Konflikte und Dissens provoziert, Inklusion hingegen in seiner Positivität Konsensorientierung ermöglicht« (Ahrens/Wimmer 2014: 183). In der Orientierung am Konsensuellen sowie der positiven Überhöhung der zum aktiven Beitrag für die Gesellschaft angerufenen Bürger_innen werden jedoch die Mechanismen gesellschaftlicher Ausschließung ausgeblendet. Kritische GWA setzt sich für marginalisierte Bewohner_innengruppen ein. Deren professionelle Expertise baut auf dem Wissen um Prozesse sozialer Ausschließung auf, die es parteilich im Sinne der Alltagsakteur_innen zu bearbeiten gelte. Diese GWA ist sensibilisiert für die ungleich verteilten und konflikthaft verhandelten Zugänge zu gesellschaftlich erzeugten Ressourcen. Aus dieser Perspektive betrachtet wird in den Situationen veranstalteter Partizipation genau an dieser Grenze zwischen Partizipation und Ausschließung gearbeitet. Eine kritische Reflexion von Prozessen sozialer Ausschließung würde auch den *modus operandi* der Praxis veranstalteter Partizipation einbeziehen – mithin also dazu anreizen, Formate auf deren Mechanismen sozialer Ausschließung hin abzuklopfen. Jedoch scheint eine Problematisierung durch GWA-Akteur_innen mit Akteur_innen von Planung und Verwaltung aufgrund der wirkungsvollen Ausblendung von Ausschließung erheblich erschwert. Eine Diskussion darüber, wer in den Situationen wie ausgeschlossen wird, wird umso schwerer, je überzeugter die Akteur_innen von Planung und Verwaltung davon sind, dass die Formate ja genau dazu dienen, die Partizipation zu verbessern. Die Unschärfe des Partizipationsbegriffes wirkt sich hier eher förderlich für die Träger_innen hegemonialer Interessen aus. Es bedarf demnach reflexiver und argumentativer Kompetenzen aufseiten der Akteur_innen kritischer GWA.

11.4.3 operationalisiert – indirekte Steuerung vs. Partizipation als Prinzip – emanzipatorisch

Die dritte Unterscheidung betrifft die inhaltliche Vorfestlegung von Planungsprozessen, die im Partizipationsverständnis von Planung und Verwaltung angelegt ist. Partizipation in dieser Lesart wird operationalisiert und in methodisch handhabbare Teilprozesse untergliedert. So wird der inhaltliche Verlauf der Veranstaltungen, also die Frage, worüber wann gesprochen wird, nicht dem Zufall überlassen. Vielmehr ist der Prozess strategisch so durchgeplant, dass er praktikabel für die mit ihm betrauten Akteur_innen aus Planung und Verwaltung bleibt. Mit den Steuerungs- und Planungsprozessen verbunden sind methodische Operationalisierungen. Sie sind handlungsleitend für die Akteur_innen aus Planung und Verwaltung sowie die beauftragten Moderator_innen. Der Konnex aus institutionell geformtem Steuerungsinteresse und methodischer Umsetzung entfaltet eine enorme Performativität in den Situationen. Er kann als »aktiver Text« (Smith 1998) gefasst werden,

der im situierten Diskurs immer wieder referenziert wird und davon abweichende Entwicklungen in der Situation wirksam korrigiert. Die Operationalisierung ist also in erster Linie funktional für den Planungsprozess. So gesehen »handelt es sich daher nicht um einen Verzicht auf Lenkung und Führung, sondern um eine neue Form indirekter Steuerung« (Ahrens/Wimmer 2014: 186). Diese Praxis der Legitimationsproduktion ist aus Perspektive der kritischen GWA nicht als Praxis der Partizipation (in einem normativ wünschenswerten Sinne) zu bezeichnen. Die Perspektive der Legitimationsbeschaffung »von oben« hat einerseits keine Schnittmenge mit der Perspektive kritischer GWA, die Partizipation als Prinzip einer »Praxis gemeinsamer Aufgabenbewältigung« (Kunstreich/May 2020) versteht. Andererseits kann aus der Perspektive *from below* zugespitzt werden, dass Partizipation im Sinne der Legitimationsbeschaffung »von oben« sogar gleichzusetzen wäre mit sozialer Ausschließung. Partizipation im Sinne von Planung und Verwaltung und Partizipation *from below* stünden sich dann als Gegensatzpaar diametral gegenüber.

11.4.4 an den/die Einzelne gerichtet vs. orientiert auf Organizing, Empowerment

Das letzte Spannungsverhältnis, das hier beschrieben werden soll, betrifft das Demokratieverständnis hinter den Partizipationsbegriffen von Verwaltung/Planung einerseits und kritischer GWA andererseits. Im Verständnis von Verwaltung und Planung werden zur Partizipation mündige Bürger_innen angesprochen, die als Einzelpersonen zu den Veranstaltungen kommen. Hier sollen sie sich zu den Planungen informieren und eigene Ideen beisteuern bzw. ihr Wissen als Betroffene einbringen. Partizipation in dieser Lesart wendet sich an Individuen (Ahrens/Wimmer 2014: 184f.). Das politische Subjekt ist hier vereinzelt gedacht im Sinne der Teilnahme und Einbringung individualisierter Sichtweisen in die top-down-strukturierte Situation und nicht als potenziell oder bereits aktive kollektive Formation, die zur Bildung von Gegenmacht gegenüber hegemonialen Steuerungslogiken anreizt. Aus Sicht kritischer GWA widerspricht die Orientierung auf singuläre Positionen zu einem spezifischen Sachverhalt der gesellschaftlichen Bedingtheit politischer Aushandlung und ihrer Subjekte. Auf das Wissen um Mechanismen der Reproduktion gesellschaftlicher Ungleichheit antwortet insbesondere die kritische GWA mit emanzipatorischer Praxis, welche sich hin zu kollektiver Selbstorganisation und zum Ziel verbesserter Handlungsfähigkeit von Gruppen und Netzwerken hin positioniert. Aus demokratietheoretischer Perspektive ginge es kritischer GWA dann eher um die Bildung einer zivilgesellschaftlichen Gegenmacht, die in erster Linie vermehrten Zugang zu gesellschaftlich erzeugten Ressourcen erlangen sollte und sich den impliziten Steuerungsmechanismen gegenüber reflexiv und kritisch verhält.

